

Arbeiter-Zeitung

Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 42
Freitag, 19. Februar 1932

Erstausgabe täglich
Abendblatt 2 Pf.
Sonntagsausgabe 2 Pf.
monatlich 2,15 Pf.
Abonnementpreise: Die
Abnahmebedingungen sind
in der Beilage oder bei
den Vertriebsstellen um 8 Uhr: in den Filialen am Tage vorher bis 12 Uhr.

**Werkzeuge!
Geht für den Wahlfonds
der KPD!**

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kretzmer Straße 50, Fern-
sprecher 460 59. Postfach 50. (Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kretzmer Straße 50 (Breslau-
haus), Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kretzmer
Straße 50. Fernsprecher 460 59.

Generalstreik der Bergarbeiter

im Dombrowaer und Krakauer Kohlenrevier / Vor dem Streik in Polnisch-OS.

Bergarbeitertameraden, übt Kampfesolidarität!

Kattowitz, 18. Februar. Heute morgen ist im Dombrowaer und Krakauer Kohlenrevier der beschlossene Streik aus-
gebrochen. Sämtliche Gruben sind geschlossen gegen den Lohnabbau in den Streik getreten. Die Pilsudski-Polizei hat alle
Eingänge besetzt. Die Kampf Stimmung ist ausgezeichnet.

Die Betriebsräte der ostoberschlesischen Kohlengruben haben gegen den Willen der Gewerkschaften einen Kongress für
Sonnabend nach Lipine einberufen, wo der Beschluß auf Streik gefaßt werden soll. Die Stimmung unter den ostober-
schlesischen Kumpeln ist so, daß vielleicht noch vor Stattfinden des Kongresses die Anlagen in den Streik treten.

Die polnischen Bergarbeiter, die unter dem blutigen Terror der
Polizei und des Militärs stehen, haben erneut die Streiffackel gegen
Lohnraub und Pilsudski-Diktatur erhoben. Auf dieses heroische Bei-
spiel muß die internationale Kampfesolidarität folgen. Der Kampf
der polnischen Kameraden ist auch der Kampf der oberösterreichischen
und Waldenburger Bergarbeiter.

Die beste Solidarität der oberösterreichischen und Waldenburger
Kumpeln ist die Organisation des Kampfes um ihre eigenen Forde-
rungen. Laßt eure streikenden polnischen Bruder
nicht im Stich! Lebt Solidarität!

Auch Deutschland gegen den Abrüstungsvorschlag der UdSSR.!

Genf, 18. Februar. (Sig. Drahtber.) Heute wurden die deutschen
Vorstellungen zur Abrüstungskonferenz beraten. Sie enthalten in

schwachen Tönen die Forderung nach „Gleichberechtigung“ aller
Staaten. Deutschland schlägt das Verbot von schwerer Artillerie, von
U-Booten, Luftstreitkräften, chemischen und bakteriologischen
Waffen vor. Eine kleine Spitze gegen Frankreich liegt in dem Vor-
schlag nach Einziehung der gebildeten Reserven. Die Vorschläge
der Brüning-Regierung sind in äußerst schwachen Tönen gehalten
und zeigen von der völligen Ohnmacht der deutschen Außenpolitik.
Der ursprüngliche Plan der Deutschen Bourgeoisie, ihre Forderung
auf Aufhebung in Genf vorzubringen, ist angesichts der brutalen
Angriffe des französischen Finanzkapitals längst fallen gelassen worden.
Das jetzige Programm der Brüning-Regierung enthält keinerlei ernste
Erklärung und den französischen Vorschlag, der bekanntlich äußerst
aggressiv gegen Deutschland gerichtet ist und außer anderem die Aus-
lieferung des gesamten Luftfahrwesens an den Völkerbund fordert.
Die deutschen Vorschläge zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie es nicht
magt, gegen den französischen Stachel zu lösen und sich vollkommen
im Schlepptau Frankreichs bewegt. Sie sind gleichzeitig eine Abfolge
an den einzigen ehrlichen Abrüstungsvorschlag der Komintern.

Nur die SAP.-Arbeiter für Thälmann

Breslau, 19. Februar.

Der Parteivorstand der SAP. veröffentlicht in der „SAP.“ vom
gestern einen von Rosenfeld und Seydewitz gezeichneten Aufruf, worin
sie unter Winkeln ihre Mitglieder zur Stimmabgabe für den
von der kommunistischen Partei aufgestellten Kandidaten auffordern.

Diese Aufforderung der SAP.-Führer ist von dem Massenbrud
der SAP.-Arbeiter diktiert und nicht wie Seydewitz und Rosenfeld
in ihrem Aufruf erklären, daß sie damit praktisch ihren Willen zur
proletarischen Einheitsfront beweisen wollen. Es ist eine Tatsache,
daß breite Teile der SAP.-Arbeiter und Frauen die Kandidatur
des Genossen Ernst Thälmann begrüßt haben. Das kam in Mit-
gliederversammlungen der SAP., auf den am vergangenen Sonntag
abgehaltenen Bezirksparteitag der Bezirke Mittelrhein und Frauen
und in öffentlichen Versammlungen zum vollen Ausdruck.

Die Klassengegensätze und Klassenkämpfe in Deutschland haben
sich so verschärft, daß es der Bourgeoisie nicht mehr möglich ist, sie
zu manipulieren wie vor sieben Jahren. Heute muß die herrschende
Klasse in ihren verschiedenen Lagern ihre Kräfte vereinen, um
gemeinsam zu schlagen; gemeinsam zu schlagen den gemeinsamen
Feind — den Volkswirtschaft! Die Fronten sind klar.

Der Rohlkampf ist eine außerparlamentarische Massenaktion
unter der Hauptfloskel:

Massen gegen Massen!

Und wo stehen die SAP.-Führer? Die proletarischen Mitglieder
der SAP. werden auf diese Frage, und vor allem jetzt, wo die
Seydewitz und Rosenfeld den Aufruf zur Wahl Thälmanns heraus-
gegeben haben, erklären, daß ihre Führer in der Front des revo-
lutionären Klassenkampfes stehen. Wir müssen klar und präzise diese
Frage den SAP.-Arbeitern beantworten. Wir müssen gerade durch
dieses betrügerische Manöver der Seydewitz den Völkern, der und von
den sozialdemokratischen und SAP.-Arbeitern trennt, zertrümmern
Sie wollen teils damit ihren in die Brüche gehenden Laden zu
sammenhalten.

Die SAP. ist ein Flügel des Faschismus. Und die SAP.-Führer
sind ein Teil dieses faschistischen Flügels. Die Sozialdemokratie ist
die soziale Hauptstütze der faschistischen Brüningdiktatur. Die sozial-
demokratische Proletenregierung ist der härteste Feind der Brüning-
diktatur. Die SAP. und SAP.-Führer isolieren nicht nur die
Roten Ordnungspolitiker, sondern sie wirken bei der Durchführung ber-
eits aktiv mit. Sie sind nicht erst seit heute bei Hindenburg, dem
Protektor des Stahlhelms. Die sozialdemokratischen Profiteure, die
vor sieben Jahren Hindenburg als den Kandidaten der ältesten
sozialen Reaktion bezeichneten, erklären heute, daß er der Kandidat
der „Demokratie und des Rechts“, der Kandidat gegen den Faschis-
mus ist. Das ist elender Betrug, den die sozialdemokratischen Ar-
beiter erkennen müssen.

Die SAP.-Führer sind für die Roten Ordnungspolitiker, für Lohn-
und Unterdrückungsabbau, für die faschistischen Unterdrückungsmaß-
nahmen gegen die Arbeiterklasse. Dafür gibt es harte Tatsachen!
Diese Leute haben sich nicht nur gegen die von der KPD. geführten
Streiks ausgesprochen, sie haben auch noch ein mißliches Benehmen
gegen die KPD. betriebl.

Der SAP. und SAP.-Führer Ziegler hat im Januar dies-
Jahres mit den Metallindustriellen den laut Roten Ordnungspolitiker
tierten Lohnabbau für die Breslauer Metallarbeiterkollegen frei
vereinbart.

Und wer für Lohnabbau ist, der ist auch für Hindenburg,
Brüning und Severing!

Die Breslauer SAP.-Bürokratie hat in der letzten Gewerks-
loserversammlung erneut den Beweis geliefert, daß sie nicht gewillt
ist, den außerparlamentarischen Massenkampf für proletarische For-
derungen zu führen. Sie hat das von den Gewerkschaften gebilligte
Kampfsprogramm abgelehnt, während erwerbslose SAP.-Proleten sich
dafür erklärt haben. Die Breslauer SAP.-Führer haben Betriebs-
rätekonferenzen einberufen, wo sie die Forderungen der KPD., die
die Forderungen der Arbeiterschaft sind, ablehnten. Der im Herbst
vorigen Jahres geführte Metallarbeiterstreik hat ebenfalls bewiesen,
daß Ziegler die Interessen der Metallarbeiter durch seine Nieder-
lagenstrategie verraten hat. Genug der Beweise, um zu erkennen,
daß die SAP.-Führer Agenten der Welt und Tarnung sind.

Wer für den roten Arbeiterkandidaten, für Ernst Thälmann
eintritt, der bekennet sich zur roten Einheitsfront, zum revolutionären
(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Bezirksausschuß, Organ der preussischen Regierung, beschließt

Aufhebung des Verbots von sechs NSDAP.-Ortsgruppen!

Arbeiter, erhebt Proteststurm, fordert Aufhebung des KZB.-Verbots!

Breslau, 19. Februar. Am Donnerstagvormittag wurde
vor dem Bezirksausschuß Breslau im Verwaltungsstreitverfahren
unter Vorsitz von Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Kocha III wegen
der aus dem Jahre 1929 stammenden Verfügung des Oberpräsidenten
verhandelt, nach der die nationalsozialistischen Ortsgruppen in
Breslau, Waldenburg, Weißstein, Dittersbach, Striegau und Schweid-
nitz aufgelöst worden waren. Die NSDAP. wurde durch Rechts-
anwalt Dr. Heibitz und den Untergauleiter Reichstagsabgeordneten
Schönwälder vertreten. Nach mehrstündiger Verhandlung und
längerer Beratung verkündete der Vorsitzende des Gerichts, daß die
Verfügung des Oberpräsidenten aufgehoben sei und mithin die ver-
botenen Ortsgruppen zu Recht beständen.

Der sozialdemokratische Oberpräsident hatte im Jahre 1929 die
von angeführten Ortsgruppen der NSDAP. aufgelöst. Die Auf-
lösung dieser Ortsgruppen blieb auf dem Papier. Der Bezirks-
ausschuß, ein Organ der preussischen Regierung, erklärt jetzt, daß die
damalige Verfügung aufgehoben sei und mithin die verbotenen Orts-
gruppen zu Recht beständen.

Das ist eine neue faschistische Tat der preussischen Regierung
— in der die Sozialdemokratische Partei maßgebenden Einfluß be-
steht — im Kampf gegen den Faschismus! Sozialdemokratische
Arbeiter! So steht der Kampf gegen den Faschismus von Seiten der
sozialdemokratischen Minister aus!

Der „Rote Frontkämpferbund“ bleibt verboten; die „Arbeiter“
nationalsozialistischen Norddeutschen werden legalisiert.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und proletarischen Mit-
glieder des Reichsbanners, die genau so wie die kommunistischen Ar-
beiter unter dem Mordterror der Faschisten zu leiden haben, die
genau so wie die Kommunisten feige gemeuchelt werden, müssen des-

halb mit uns Kommunisten die revolutionäre Einheitsfront unter
Führung der KPD. bilden. Die sozialdemokratischen Führer gehen
mit dem Generalstaatsanwalt Hindenburg, der der Kandidat der
Reichen und des Faschismus ist; die sozialdemokratischen Arbeiter
gehen mit Thälmann, der die Vertörperung des revolutionären
Klassenkampfes gegen den faschistischen Terror ist. Die obige Tat der
preussischen Regierung, von der die SAP. immer und immer ver-
den Arbeitern behauptet, sie sei der Hort der Demokratie und des
Rechts, wird bestimmt dazu beitragen müssen, daß wir breite Teile
sozialdemokratischer Arbeiter für die rote Einheitsfront gewinnen.
Sie müssen sofort als rote Wahlhelfer mobilisiert werden. Die
Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen müssen sofort eine
Protestbewegung einleiten und die Aufhebung des KZB.-Verbots
fordern.

Erwerbslose demonstrieren gegen Naziterror

Mün., 18. Februar. (Sig. Drahtber.) In Remond (Kornmaier)
provokierten heute Nationalsozialisten die Erwerbslosen an der
Stempelstelle. Es kam zu Zusammenstößen, woraus ein Überfall-
kommando erschien und die Erwerbslosen auseinandertrieb. Darauf-
hin formierten die Erwerbslosen einen Demonstrationzug gegen den
Terror der Nationalsozialisten, der sich durch die Straßen Remonds
bewegte. Eine Polizeistreife stellte sich dem 700 Mann starken De-
monstrationenzug entgegen und schloß. Ein Arbeiter erhielt einen Kopf-
schuß und liegt schwerverletzt im Krankenhaus darnieder.

Organisiert in den Betrieben rote Wahlhelfergruppen

„Der Hund muß heute verredet!“

Betriebsarbeiter, faßt Kampfbeschlüsse gegen den Mordfaschismus! — Kein Betrieb, keine Stempelstelle ohne rote Selbstschußstaffeln — Entsendet Abordnungen und Fahndendelegationen zur Beerdigung

Bankau bei Kreuzburg. Am Dienstagabend, wie wir gestern berichteten, ist der Arbeiter August Baisch von Nationalsozialisten, unter dem Gebrüll

„Der Hund muß heute verredet!“ niedergeschossen worden. Die bestialische Bluttat der Nazihorden hat sich wie folgtgetragen:

Am Dienstag nachmittag begann ein Nazi im Gasthaus Streit mit Wäiten. Die Nationalsozialisten holten aus dem Kreuzburger SA-Heim telefonisch Bestätigung heran, um, wie sie erklärten, mit den Kommunisten eine Abrechnung vorzunehmen. Kurz nach 7 Uhr abends trafen dann die Kreuzburger Nationalsozialisten in drei Autos ein und wurden von dem Naziführer Baumert aus Bankau empfangen. Sie wollten dann die Wohnung des kommunistischen Ortsgruppenvorsitzenden ausfindig machen. Der ermordete August Baisch, der an den Nachmittagsauseinandersetzungen unbeteiligt war und Mitglied des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes, des Kampfbundes gegen Faschismus und der roten Hilfe ist, kam mit seiner Frau über die Straße. Als die Nazihorde ihn erblickte, stürzten sie auf ihn zu, worauf Baisch, wie schon gemeldet, in der väterlichen Wohnung Schutz suchte. Als hier der Vater Baischs den Versuch machte, das Schicksal entgegenzutreten, wurde er niedergeschlagen und durch mehrere Schüsse verletzt.

August Baisch, der inzwischen die elterliche Kammer abgeriegelt hatte und sich von innen gegen die Tür gemauert, hatte keinerlei Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen, da er ja von dem Angriif vollkommen überrumpelt war.

Die Nationalsozialisten feuerten aus mehreren Pistolen durch die verschlossene Tür und durch die Fenster in die Kammer. Baisch brach schwerverletzt zusammen. Er schrie um Hilfe und bat seine inzwischen in die Wohnung gelangte Ehefrau um Verbandzeug. Die Frau stellte sich vor die Kammertür und bat die Nationalsozialisten scheinlich, doch von ihrem Mann abzulassen. Hierauf erklärte der Anführer der Horde, Gutsinspektor Baumert: „Machen Sie, daß Sie wegkommen, sonst kommen Sie auch noch dran. Der Hund muß heute verredet.“ Die Frau wurde von der Tür fortgeschoben, worauf diese von den Nationalsozialisten aus den Angeln getreten wurde. Luer vor der Tür lag der schwerverletzte Baisch, über den dann die Mörder herfielen. Der Wehrlose wurde dann mit Knüppeln und Holzstücken totgeschlagen. Die Frau des Baisch war Augenzeuge der verheerenden Ermordung ihres Mannes.

Nach der Tat fuhren die Nationalsozialisten mit ihren Autos wieder nach Kreuzburg zurück. Die Landeskriminalpolizei und Mordkommission nahmen am Mittwoch vormittag die Ermittlungen auf. Bis gegen 10 Uhr, wurden beide Stellen von der Kreuzburger Staatsanwaltschaft unterrichtet. Während des Mittwochs wurden als an der Tat beteiligte die Nationalsozialisten Baumert, Smyrek und Kapiga verhaftet. Bei einem anderen situierten Nationalsozialisten wurde eine Pistole und zwanzig Patronen gefunden. Sturz nach der Tat erkrankten in dem in Elguth befindlichen Gasthaus die Nationalsozialisten Gischler und Müller, in erregtem Zustand berichteten sie dem dort sitzenden Ortsführer der Nationalsozialisten über die Tat. Nachdem sie Schnaps und Bier zu sich genommen hatten, verabschiedeten sie.

Die sozialdemokratische Presse ist über den Mord verärgert und fordert von der Staatsregierung folgendes:

„Personelle Aenderung in der Kreisverwaltung Kreuzburg, Einsetzen staatlicher Schutzpolizei in Kreuzburg, Auflösung aller SA-Heime im Kreisgebiet,

Säuberung der Staatsdomänen von staatsfeindlichen Elementen, Entziehung von staatlicher Unterstützung für alle Gutsverwaltungen, die den nationalsozialistischen Organisationen materielle Unterstützung gewähren.

Es muß endlich gegenüber den Herrschenden zugegriffen werden. Sonst dürften bald noch mehr Bluttaten vorkommen. Von der Regierung in Oppeln muß verlangt werden, daß sie endlich die Passivität gegenüber den nationalsozialistischen Treibern in Oberschlesien aufgibt. Sie hat allzu lange den Dingen ruhig zugegesehen und Beauftragte der Staatsregierung haben die Freundschaft mit den Staatsgegnern lange genug gepflegt.“

Die Arbeiterchaft, und vor allem die SPD-Arbeiter, die proletarischen Mitglieder des Reichsbanners und die Mitglieder des ADGB, müssen erkennen, daß das nur radikales Geschwätz ist. Sie denken gar nicht daran, ernsthaft den antifaschistischen Kampf zu organisieren und zu führen. Die Taten der sozialdemokratischen Führer beweisen das auf das deutlichste. Die Aufhebung von sechs Verboten gegen NSDAP-Ortsgruppen zeigt der Arbeiterklasse, daß die radikalen Löwe, die die SPD-Presse anschlägt, nur leere Schäume

schlängerei und politische Spekulation sind. Die Arbeiter, die gegen den faschistischen Kurs der Führerschaft rebellieren, sollen weiter an der Spitze bei der SPD, und dem Reichsbanner gehalten werden.

Die kommunistische Presse, die der Aufer im Kampfe gegen den Faschismus aller Schwächlinge ist, wird von sozialdemokratischen Staatsfunktionären wochenlang verboten. Als die „Neue Zeitung“, das Bezirksorgan der SPD, Oberschlesien, eine kleine Anfrage der Kommunisten im Landtage über die Rückkehrerstützungen der Faschisten veröffentlichte, wurde sie auf acht Wochen verboten.

Die bestialische Bluttat der Faschisten ist ein ernster Alarmruf an die Arbeiterchaft, sich zur entschlossenen Abwehr in der roten Einheitsfront unter Führung der SPD, zu formieren. Die beste Antwort ist die sofortige Organisation des roten Massenelbstschußes, die Organisation von Selbstschußstaffeln in den Betrieben, Stempelstellen und Wohnvierteln!

Das ist die beste Voraussetzung, den Faschismus zu vernichten! Die Betriebsarbeiter müssen sofort in Betriebsratsverfammlungen zu dem neuen Faschistenmord Stellung nehmen und Kampfbeschlüsse fassen.

Proletarier in Stadt und Land! Erhebt überall flammenden Protest gegen den mörderischen Faschismus. Schließt die eiserne rote Kampffront! Entsendet Abordnungen und Fahndendelegationen zur Beerdigung.

Die Landeshuter Textilarbeiter und -arbeiterinnen

Für den roten Arbeiterkandidaten!

Appell an alle schlesischen Textilproleten

Landeshut. Am 12. Februar fand im Schützenhaus eine von der AGD, einberufene öffentliche Textilarbeiterverfammlang statt. Der Genosse Ulrich-Gottschberg sprach zu dem Thema:

„Die Landeshuter Arbeiterchaft in Not und Elend! Was ist zu tun?“

Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen Betriebsarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder über die Notwendigkeit der sofortigen Schaffung der landeshuter Einheitsfront für Arbeit, Brot und Freiheit betonten.

Die Verfammlung wendet sich in dem nachstehenden Appell an alle schlesischen Textilarbeiter und -arbeiterinnen und fordert von ihnen, für den roten Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann einzutreten. Die Verfammlung hat weiterhin in Entschliefungen gegen den räuberischen Überfall auf die Landeshuter, gegen die fortgesetzten Kriegsproklamationen der Imperialisten, für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjet-China, gegen den faschistischen Mordterror in Spanien und anderen Drien Protest erhoben.

Die Verfammlung wurde unter Hochrufen auf den Kandidaten der Armen, auf Ernst Thälmann beendet.

Klasse gegen Klasse!

Alle Feinde der Arbeiter haben sich zu einem Block gegen die Arbeiterklasse zusammengeschlossen! Abermals wird versucht, mit

radikalen Phrasen und schönen Versprechungen die Stimmen der Arbeiter für den oder die Kandidaten der besitzenden Klasse einzufangen.

Die professionellen Arbeitervertreter aus der „Eisernen Front“ treten alle offen für Hindenburg ein. Hindenburg, der kaiserliche General, der Vertreter des alten preußischen Militarismus, der Kandidat des Faschismus wird den Arbeitern abermals als „Mutter“ präsentiert.

Die Arbeiter werden sich aber von allen schönen Versprechungen nicht einfangen lassen, sondern den von der kommunistischen Partei vorgeschlagenen Vertreter der Arbeiterklasse, den roten Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann wählen.

Thälmann, der Führer der Partei des revolutionären Marxismus, ist der Ausdruck der roten kämpfenden Einheitsfront aller Ausgebeuteten. Der Kampf geht um Sein oder Nichtsein der Klasse der Arbeiter gegen die Klasse der Ausbeuter. In diesem Kampfe helfe es alle Kräfte des Proletariats zusammenzureißen und die geschlossene rote Einheitsfront unter Führung des Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zum Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen die Klasse der Kapitalisten, gegen die Klasse der Hitler, Hindenburg und gegen die eiserne Verräterfront der SPD, zu führen.

Es lebe die rote Einheitsfront!

Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei für ein freies sozialistisches Deutschland!

Nur die SPD-Arbeiter für Thälmann

(Zusatz)

Nachdem gegen die Verordnungen des Reichstages, die die Einheitsfront der Arbeiter gegen die rote Einheitsfront, gegen den revolutionären Marxismus, gegen den Faschismus, gegen den Mordterror, gegen die Kriegsproklamationen der Imperialisten, gegen die Sowjetunion und Sowjet-China, gegen den faschistischen Mordterror in Spanien und anderen Drien Protest erhoben.

Die Arbeiter werden sich aber von allen schönen Versprechungen nicht einfangen lassen, sondern den von der kommunistischen Partei vorgeschlagenen Vertreter der Arbeiterklasse, den roten Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann wählen.

Thälmann, der Führer der Partei des revolutionären Marxismus, ist der Ausdruck der roten kämpfenden Einheitsfront aller Ausgebeuteten. Der Kampf geht um Sein oder Nichtsein der Klasse der Arbeiter gegen die Klasse der Ausbeuter. In diesem Kampfe helfe es alle Kräfte des Proletariats zusammenzureißen und die geschlossene rote Einheitsfront unter Führung des Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zum Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen die Klasse der Kapitalisten, gegen die Klasse der Hitler, Hindenburg und gegen die eiserne Verräterfront der SPD, zu führen.

Nur rote Einheitsfront!

Nur die Einreichung aller kampfgewillten Arbeiter in die roten Wahlkämpfergruppen der SPD!

Nur vorbereitende betriebliche Kampfstaffeln unter Führung der AGD, zur Auslösung von Streiks gegen Lohnraub!

Nur die Bildung von proletarischen Selbstschußstaffeln gegen den faschistischen Mordterror!

Nur den gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten unter Führung der SPD, und der AGD, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Die revolutionäre Arbeiterchaft auf dem Posten!

Breslau, 18. Februar. Während Tausende von Nationalsozialisten zur Parade auf dem Gelände der schlesischen Junter im Landkreis Breslau aufmarschierten, blieb die revolutionäre Arbeiterchaft Breslans auf dem Posten.

Das wird mitgeteilt, daß am Mittwochabend in den Arbeitervierteln die Arbeiter durch die Straßen zogen und gegen den faschistischen Mordterror demonstrierten. Aus den Zügen erklangen Rufe wie: Wieder mit dem Faschismus! — Formiert den roten Massenelbstschuß! — Für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Brüning—Groener

Berlin, 18. Februar. (Sig. Drahtber.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gestern einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning, sowie einen besonderen Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener, der die Geschäfte des Innenministeriums vertritt, eingebracht.

Auch die hannoversche SPD-Zeitung verboten

Die kommunistische „Neue Arbeiterzeitung“, Hannover, ist für eine Woche, für die Zeit vom 18. bis 24. Februar, verboten worden. Verboten wurden in den letzten Tagen: die „Rote Fahne“ für zwei Wochen, die „Nachrichten“ für zwei Wochen, das „Ruhr-Echo“ für drei Wochen, die „Arbeiterstimme“, Pöß, für acht Wochen.

Nur kommt damit zum Ausdruck, daß eine systematische Verharmlosung gegen die SPD-Presse durchgeführt wird. Die Bourgeoisie begrüßt diese Verbote, weil sie die Massenbewegung für die Arbeiterforderungen, die Massenmobilisierung für die rote Arbeiterkandidatur Thälmanns, unterbinden möchte. Das Verbot der „NA“ in Hannover erfolgt durch den

SPD-Polizeipräsidenten Barth. Es kann nur ein Einvernehmen mit dem SPD-Oberpräsidenten Klose und der Regierung SPD-Sederings erfolgt sein. Gefordert wurde das Verbot des auch in Braunschweig verbreiteten SPD-Blattes immer wieder von Klagacs. Der Wunsch des Nazi-Ministers ist nunmehr erfüllt. Es ist dazu festzustellen, daß die Preußische Regierung gerade in dieser Woche das für eine Woche erlassene Verbot mehrerer Naziblätter, wie der in Hannover erscheinenden „Niederländischen Tageszeitung“ und des „Göttinger Tageblatts“, nach zwei bis drei Tagen wieder aufgehoben hat. Auch ein Sprechverbot für Goebbels in Hannover, auf das die SPD-Führer zur Verhütung der rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter hinwiesen, wurde aufgehoben. Goebbels darf in Hannover sprechen. Der Verbot der „Roten Fahne“ hat der „Vorwärts“ mit einigen lahmten Redensarten eine „Mißbilligung“ zu heucheln versucht. Dieses SPD-Manöver ist nun vollends entlarvt. Die SPD erweist sich als der Stoßtrupp der Brüning-Hindenburg-Groener in der Durchführung der faschistischen Diktatur, der Presseverbote und der Förderung der Hitlerbewegung.

Die Parteien der Hindenburgfront sind für die Anebelung der Zeitungen der Arbeiterklasse, der SPD-Blätter. Das ist alarmierend für alle Proletarier, den Kampf gegen die Hindenburgfront von Wels bis Hitler zu verstärken, die Aufhebung der Presseverbote durchzusetzen und erst recht die proletarischen Massen für die rote Arbeiterkandidatur Thälmanns mobil zu machen.

Gegen die Enteignung der Fürstenvermögen

Berlin, 18. Februar. (Sig. Drahtber.) Im Rechtsausschuß des Reichstages kam es gestern nachmittag zu den Abstimmungen über die kommunistischen Anträge zur Enteignung der Fürstenvermögen und die entsprechenden Anträge der anderen Parteien. Die beiden kommunistischen Anträge, die die entschädigungslose Enteignung aller Vermögen fordert, wurden abgelehnt. Angenommen wurde nur ein zu nichts verpflichtender Antrag, wonach die Fürstenrenten in Anwendung der Grundzüge der Rotverordnung vom 24. August 1931 herabgesetzt werden können.

Unsere Offensive für den roten Arbeiterkandidaten

Formiert die Wahlhelfer-Bataillone im Betrieb, in Stadt und Land

Schönberg DL. Die Ortsgruppe der SPD. hielt hier am 12. Februar ihre erste öffentliche Versammlung ab. Diese war sehr gut besucht. Genosse Baender - Görlich sprach über „Thälmann gegen Hindenburg — Klasse gegen Klasse.“ In der Diskussion meldete sich ein Anhänger der „Tomatra-Loge“ und ein Nationalsozialist. Heides war nur ein Gesammel. In seinem Schlusswort brandmarkte der Genosse Baender die „Nazi und Tomatras“. Er forderte alle Anwesenden auf, sich in die rote Einheitsfront einzureihen und sich als aktive Wahlhelfer für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann zur Verfügung zu stellen. Es wurden vier Neuaufnahmen für die kommunistische Partei getätigt.

Landeshut. In der öffentlichen Versammlung am 14. Februar sprach der Genosse Dittner. Diskussionsredner gesehten besonders die neuen Verschlechterungen bei den ledigen Wohlfahrtsverordnungen. In einer Resolution wurde die Aufforderung des Genossen Thälmann als Kandidaten der roten Einheitsfront begrüßt. Die Anwesenden verpflichteten sich, alle Werktätigen für den außerparlamentarischen Massenkampf für Arbeit, Brot und Freiheit und für die Verteidigung der Sowjet-Union zu mobilisieren.

Erwerbslose für die Kandidatur Thälmanns

Sandberg. Am 11. Februar fand hier eine gutbesuchte Erwerbslosenversammlung statt, in der der Bericht von der Erwerbslosenvereinsdelegierten-Konferenz entgegengenommen wurde. Die Winterhilfe wurde als ein Mittel bezeichnet, das den Erwerbslosen in keiner Weise geholfen hat. In den Ortsteilen Sandberg und Ober-Salzbrunn wurden insgesamt 5201 Mark gesammelt. Die Zahl der hierigen Erwerbslosen ist auf 1700 angewachsen. Jeder kann sich vorstellen, was da die Bettelgroßen für den ganzen Winter, für den einzelnen bedeuten.

Um die Kampfkraft der Erwerbslosen zu steigern, werden in Zukunft alle Erwerbslosen registriert. Ferner wurden Vertrauensmänner gewählt und der Ausschuss durch Hinzuziehung eines jugendlichen ergänzt. Um alle Erwerbslosen beraten zu können, wird eine Rechtsauskunftsstelle errichtet.

Mit Entzückung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß man die jugendlichen Erwerbslosen bis zu 23 Jahren unter Androhung des Unterstützungsentzugs zwingt, an sogenannten Fachkursen teilzunehmen.

Die Erwerbslosenversammlung fordert, daß allen Jugendlichen warmes Essen und Schuhwerk gestellt wird. Ein Antrag zur Einberufung einer Einwohnerversammlung, in der der Gemeindevorsteher Mahel über die Angelegenheit der 60 000 Mark und der 6000 Mark jährlichen Zinsen Ausschluß geben soll, wurde angenommen. Eine Resolution, in der sich die Erwerbslosenversammlung verpflichtet, sich für die Kandidatur des einzigen und wirklichen Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann einzusetzen, wurde gegen eine Stimme angenommen.

KH. leistet Hilfsarbeit für die AGD.

Friedland. Am 13. Februar fand hier eine Generalversammlung der Roten Hilfe statt, zu der eine größere Anzahl Sympathisierender erschienen waren. Insgesamt waren 80 Mitglieder und 20 Sympathisierende anwesend. Der aktiven Arbeit unserer Genossen gelang es, die Mitgliederzahl in der Winterhilfslampagne von 27 auf 117 zu steigern.

Es gelang ihr ferner, durch ihr Eindringen in die Betriebe gute Hilfsarbeit für die AGD. zu leisten.

In sämtlichen Textilbetrieben wurden KHD-Mitglieder gewonnen. Ferner wurden drei Aufnahmen für die kommunistische Partei getätigt. Im Verlauf der Generalversammlung wurden weitere sieben der anwesenden Sympathisierenden Mitglieder der KH. Auf diese Weise gestaltete sich die Generalversammlung zu einer guten Mobilisierung für den roten Arbeiterkandidaten.

Sagan. Die Rote Hilfe führte am 12. Februar in Tschibsdorf bei Sagan eine öffentliche Werbeversammlung durch, die sich zu einem guten Aufstich für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann gestaltete. Die Ausführungen des Genossen, Stadtverordneten Kupfert, wurden mit Beifall aufgenommen. Es konnte noch am gleichen Abend eine neue Ortsgruppe der Roten Hilfe mit 25 Mitgliedern gegründet werden. Das zeigt, daß die Landbevölkerung bereit ist, sich in die rote Klassenfront einzureihen.

Die Jugend stürmt mit dem roten Arbeiterkandidaten

Die Jungkommunisten Schlesiens nehmen den revolutionären Wettbewerb mit Oberschlesien an

Entsacht den Massensturm gegen den Anschlag Groeners auf die revolutionären Jugendorganisationen!

Im Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterjugend, des Kampfes gegen Notverordnung, Faschismus und imperialistischer Kriege, des Kampfes Klasse gegen Klasse, der Mobilisierung der Arbeiterjugend und der gesamten werktätigen Jugend zur Reichspräsidentenwahl für den Genossen Thälmann und zur Preußenwahl, stellt sich der kommunistische Jugendverband Bezirk Schlesien im revolutionären Wettbewerb mit Oberschlesien, folgende Ziele:

- Neue Mitglieder 300, davon Betriebsarbeiter 150, davon Jungarbeiterinnen 75.
- Guts- und Betriebszellen 10, neue Ortsgruppen 15.
- KH.-Jugend-Betriebsgruppen 5.
- Junge Garde pro Kl. 500, Prochüren 1200, Sammeln, Klasse gegen Klasse 300, Versammlungen 120.
- Jungwahlhelfer 1000.
- Rote Jungpioniere 200, Trommel-Verkauf 300, Sammelziel der Roten Jungpioniere 100.

Das ist die Antwort der revolutionären Jugend an Groener, der vor kurzem das Verbot aller proletarisch-revolutionären Jugendorganisationen mit folgenden Worten androhte:

„So ersch-unt es mir . . . dringend empfehlenswert, dem parteipolitischen Wesen und Treiben der mahnunmündigen Jugend . . . ein Ende zu machen.“

Daß diese Verbotsandrohung sich nur gegen die revolutionären proletarischen Jugendorganisationen richtet, daran besteht bei der Gemeindefunktion Groeners kein Zweifel!

Bierzehn Jungarbeiter kommen zum KJB.

Sagan. Die Ortsgruppe der SPD. Sagan führte am 16. Februar eine Besprechung mit jugendlichen Jungarbeitern durch. Genosse Lenhardt sprach über die Notwendigkeit des Zusammenrückens aller Jungarbeiter in der roten Arbeiterfront. Sämtliche vierzehn anwesenden Jungarbeiter traten sofort dem kommunistischen Jugendverband bei.

Aus der Praxis der Hindenburg-Sozialisten

Langwaltersdorf. Die „Wegwacht“ führte sich benutzigt, am Freitag, dem 12. Februar, den Sozialfaschisten Gerberich mit folgenden Worten zu verteidigen: „Genosse Gerberich hat als Sozialist (1) nicht für die Arbeiterschaft (1) geleistet, aus die hierige SPD-„Anstalt“ in hundert Jahren vollbringen kann.“ Wir haben es nicht notwendig, auf die persönlichen Schimpereien der „Wegwacht“ einzugehen. Der Arbeiterschaft aber wollen wir noch einmal aufzeigen, worin der „Sozialismus“ des Genossen Gerberich“ und worin das, was er „für die Arbeiterschaft geleistet“ hat, besteht. Wir berichteten bereits darüber, daß Gerberich erklärte:

„Die Notverordnungen sind ein Fortschritt für Deutschland.“ Ist das etwa sozialistisch? Oder ist es sozialistisch, wenn Herr Gerberich in der Gemeindevortretterversammlung empfiehlt, an die Regierung heranzutreten, daß die Tabaksteuer krasser angehoben wird? Oder ist es etwa im Interesse der Arbeiterschaft, wenn sich Gerberich für die Bürgersteuer einsetzt, wenn er aus einem Arbeiter mit vier Kindern 27 Mark herauspreßt, weil er ein Platz angelehnt hatte? Jeder SPD-Arbeiter wird sofort sehen, daß das nicht der Fall ist.

daß das kein Sozialismus, sondern die Durchführung der faschistischen Diktatur ist. Und dieser Mann ist in der Eisernen Front. Daran müssen die SPD-Arbeiter erkennen, daß die Eisernen Front nur ein Mittel zur Durchführung der faschistischen Diktatur, zur Abhaltung der Arbeiter vom revolutionären Kampf ist.

Wir rufen die SPD-Arbeiter und werttätige Bevölkerung von Langwaltersdorf zu einer öffentlichen Versammlung, die am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Gerichtsstreitshaus stattfindet.

Die SPD. erhält eine Stunde Redezeit. Jeder SPD-Arbeiter kann zu Wort kommen. Auch wir treten für die rote Arbeiterfront, für den Kandidaten der Hungernden, für Ernst Thälmann

Genosse Brodde spricht

in den öffentlichen Versammlungen der KH. am 19. Februar in Görlich, 20. Februar in Bunzlau, Lokal Stadt Bunzlau, 21. Februar in Senzig, 22. Februar in Liegnitz, Lokal im Sommertheater.

Stahlhelmgutsbesitzer treibt 15jährigen Jungen zum Selbstmord

Wir rufen die Landarbeiterjugend auf, sich in den kommunistischen Jugendverband einzureihen

Landeshut. Am 4. Februar nahm sich der fünfzehnjährige Sohn des Stahlhelmmitgliedes Päßold ans das Schulstrafe durch Erhängen das Leben.

Der Sohn des Päßold wurde nach seiner Schulentlassung auf Drängen seines Vaters zu dem Gutsbesitzer und Stahlhelmmitglied Kasper nach Hartmannsdorf vermittelt. Der Junge mußte dort von früh bis abends schuften und lernte alle Schikanen des Gutsbesitzer Kasper kennen. Da er es nicht mehr aushiel, lief er davon, wurde jedoch von seinem Vater wieder auf den Gutshof transportiert. Der Vater des Jungen gab seinem Stahlhelmsfreund und Gutsbesitzer Kasper die Anweisung, den Jungen „mit aller Schärfe“ zu behandeln. Jener ließ sich das nicht zweimal sagen, winkte ihm doch hier die Möglichkeit, den Jungen bis auf das letzte auszubeuten und so einen besonderen Profit einzustreuen. Nach kurzer Zeit rief der Junge wieder aus und suchte bei einem anderen Gutsherrn Arbeit. Man ließ ihm jedoch keine Ruhe und suchte nach ihm. Da der Junge

Das Verbot der Lenin-Liebkecht-Kundgebung in Schmiedeberg

Ohne jeglichen Grund verbot der Bürgermeister Kleinert eine von der SPD. auf den 29. Januar angekündigte Gedächtnis-Kundgebung. Die kommunistische Fraktion des Landtags richtet darauf folgende

Kleine Anfrage

der Abg. Kaiser, Schwent, Golke, Wollweber und der übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunisten ein:

Der Bürgermeister Kleinert aus Schmiedeberg verbot, obwohl es bisher bei keiner Veranstaltung der kommunistischen Partei zu irgendwelchen Polizeifällen gekommen ist, eine zum 29. Januar 1932 angekündigte Lenin-Liebkecht-Lugenburg-Feier, weil angeblich „zu befürchten ist, daß auf Grund der bei dieser Veranstaltung zum Vortrag kommenden Rezitationen usw. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

Auf die Frage an den Bürgermeister, ob die Feier gestattet würde, wenn nur Musik gespielt und eine Ansprache gehalten würde, erklärte der Bürgermeister:

„Auch die Musik und die Ansprache bleibt verboten.“ Die Arbeiterschaft ist über diese Handlungsweise des Bürgermeisters aufs tiefste empört. Wir fragen:

1. Billigt das Staatsministerium diese Polizeipraxis des Bürgermeisters Kleinert?
2. Ist es bereit dafür zu sorgen, daß auch der kommunistischen Partei in Schmiedeberg die Möglichkeit zur Abhaltung legaler Veranstaltungen gewährleistet wird?

Berlin, den 9. Februar 1932.

Und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD.

Die revolutionäre Arbeiterschaft von Schmiedeberg wird sich das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht kampflos rauben lassen. Entschlossen steht sie als Aufstich für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann überfall einen Massenkum gegen die faschistische Maßnahme des Bürgermeisters Kleinert. Reicht euch ein in die rote Einheitsfront.

Die „Eiserne Zeit“ der Nazis

Hindorf. Wir berichteten schon einmal über die Nazi im mierenen T. Vor acht Tagen wurden dem hiesigen Naziführer an die Gustav-Zeit geliebt. Der Inhalt der Fettel forderte die Tominalarbeiter zum Streik und zum Beitritt in die kommunistische Partei auf. Am anderen Morgen schäumte der Naziführer vor Wut. Auf der Straße brüllte dieser Nazimann: „Bis jetzt war goldene Zeit, jetzt kommt die eiserne Zeit!“ Wie sieht die „eiserne Zeit“ aus? Soll das die eiserne Zeit sein, daß sie einem Genossen von uns das angebrachte Schild der „Illustrierten Arbeiterzeitung“ geklaut haben? Auch erinnert diese „eiserne Zeit“ sehr stark an die „Eiserne Front“ der SPD. Hier scheint doch etwas gemeinames zu bestehen! Wir werden trotz der „eiserne Zeit“ die im Kopfe dieses Nazihäuptlings spuckt, dafür sorgen, daß bei uns nicht die „Eiserne“ sondern die „rote Zeit — die rote Front!“ regt. Auch die SPD. und Landarbeiter in unserem Ort rufen wir auf zur roten Arbeiterfront!

Arbeiter von Hindorf kämpft mit uns für unseren Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Turn- und Sportvereinigung Freiburg

abends 8 Uhr, im Rathaus zum Kronprinz, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

LLC.-Feier in Wülfegiersdorf

Der Kampfband gegen den Faschismus veranstaltet Sonntag, den 21. Februar, im Hotel „Zur Sonne“, Wülfegiersdorf, eine LLC.-Feier. Es gelangt zur Aufzählung: „Die Taube von Florenz!“ Frauenpiel in 3 Akten. Anfang 10 1/2 Uhr. Ab 7 Uhr Konzert, ausgeführt vom Bandorchester „Sophtenau“. Kasseneröffnung 1/2 Uhr. Eintrittspreise: Volkarbeiter 0.50 Mark, Erwerbslose 40 Mark. Jeder Klassenbewußte Arbeiter will sich diesen Sonntag für unsere Veranstaltung frei.

Jede vierte
in Deutschland gerauchte 3/8 Zigarette (mit Gold)
ist eine CLUB

Rund um den Erdball

Der Weg ins Gefängnis...

Hungerrevolte Strausberger Zöglinge

Gummiknüppel, Schreckschüsse und Wasserstrahl zur „Beruhigung“ — Zehn Zöglinge ins Gefängnis geschleppt — Natürlich wieder „kommunistische Verheerung“

Berlin, 18. Februar. Seit 48 Stunden sitzen im Berlin-Weaibiter Untersuchungsgefängnis zehn fürstliche Zöglinge aus dem Provinzial-„Erziehungsheim“ Strausberg. Sie werden beschuldigt, als „Rebellenführer“ in der Nacht zum Mittwoch eine „Revolte“ angezettelt zu haben. In Wirklichkeit aber sind diese jugendlichen Proletarier nur durch barbarische Ausbeutung, ständig miserabler werdendes Essen, lächerlich geringe „Entlohnung“, Verweigerung des Stadterlaubnis und nicht zuletzt durch das nächtliche Einschließen zu der Verzweiflungsdemonstration getrieben worden.

Gleich gab es in der letzten Zeit plötzlich nur ein- oder zweimal die Woche. Die Zubereitung des Essens wurde ebenfalls handig schlechter. Es kamen Klagen über Raupen und Maden im Essen. Ein Festtag für die Jungen war, wenn es Pellkartoffeln mit Hering gab.

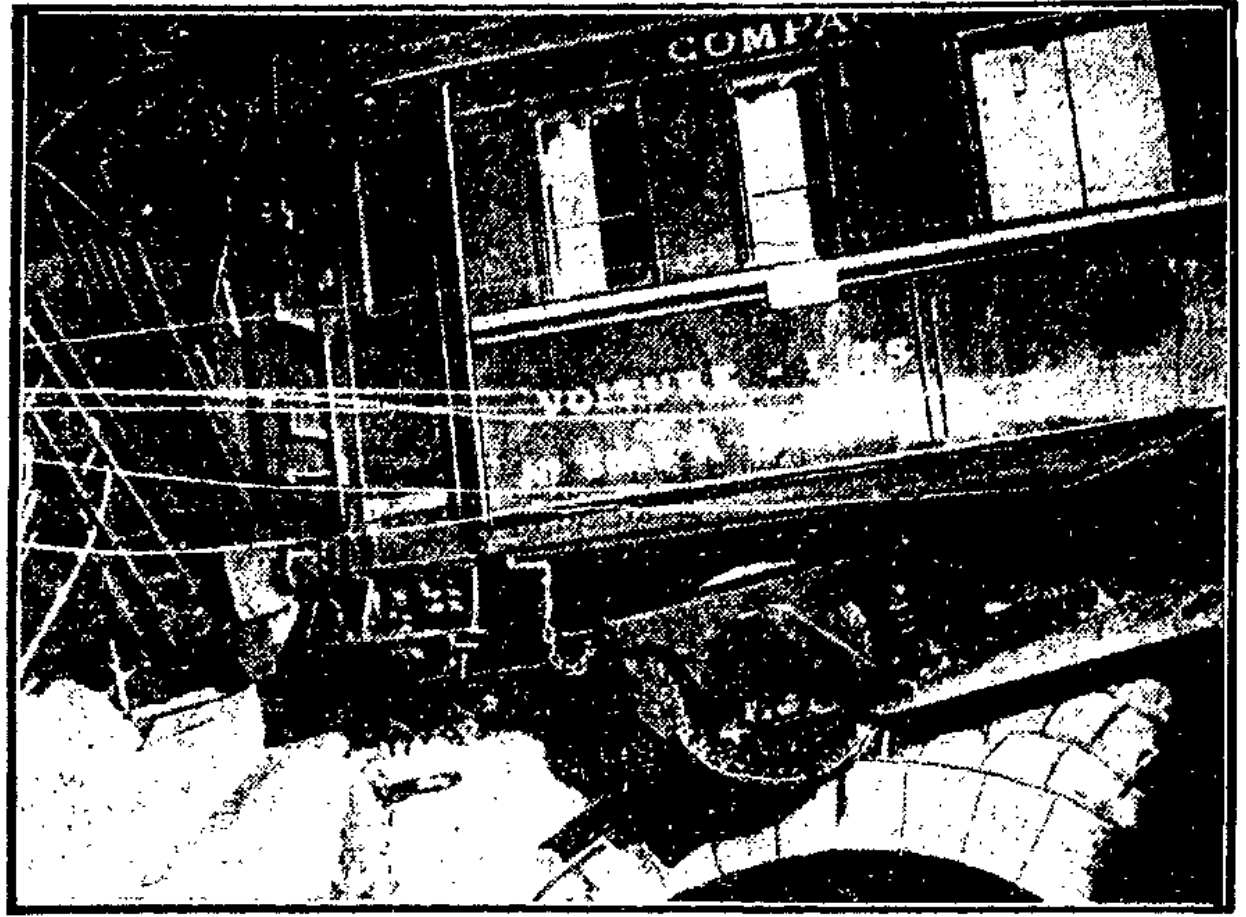
Und dann die Ausbeutung! Hauptsächlich wurden die Jugendlichen mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt, wobei die Arbeitszeit von 8.30 Uhr bis 8.30 Uhr, dann von 9 Uhr bis 12 Uhr, von 13.30 Uhr bis 16 Uhr und von 16.30 Uhr bis 18 Uhr angelegt ist. Von 18 bis 20 Uhr ist Freizeit, anschließend erfolgt der Einschluß der Jungen in die Gemeinschafts-

fälle und Einzelzellen. Für ihre Arbeit erhalten die Jungen eine „Bezahlung“, die man in Strausberg verächtlich „Taschengeld“ nennt. Die Jungen bekommen monatlich ungefähr 2,50 Mark, von welcher Summe aber nur die Hälfte immer erst nach vier Monaten ausgezahlt wird. Die andere Hälfte wird einbehalten bis zur Entlassung des Zöglings. Der Junge wird allerdings kaum jemals alles ihm dann zustehende Geld erhalten, weil aus den Ersparnissen auch die Kosten der Wiedereinbringung entwichener Zöglinge bezahlt werden.

Ist es bei diesen geradezu barbarischen Verhältnissen ein Wunder, wenn sich gequälte Jugendliche zu Verzweiflungstaten hinreißen lassen? Aber dann heßt die bürgerliche Journalistik von „bolschewistischer Verheerung Jugendlicher“. Als ob nicht gerade der Bolschewismus glänzend bewiesen hat, daß er mit dem Problem der Jugendberziehung fertig geworden ist. Bedeutet doch gerade in Sowjetrußland die Jugendberziehung im wahrsten Sinne „einen Weg ins Leben“, während die Erziehung in den deutschen Fürstenghöfen, wie ja das Strausberger Beispiel wieder einmal beweist, „einen Weg ins Gefängnis“ für junge Proletarier darstellt.

Bombenanschlag auf den Rom-Paris-Express

In der Nähe von Marseille wurde auf den internationalen Schnellzug Rom-Paris ein Bombenanschlag verübt. Der Zug befand sich gerade über einer kurzen brückenartigen Überführung (im Bilde deutlich sichtbar), als die Explosion erfolgte. Drei Wagen stürzten eine acht Meter hohe Böschung hinunter, jedoch blieben wie durch ein Wunder sämtliche Passagiere unverletzt. Die Täter hatten es auf die Postgelder abgesehen.



Falschmünzerei am Main

Kinder finden viele tausend falsche Zweimarkstücke

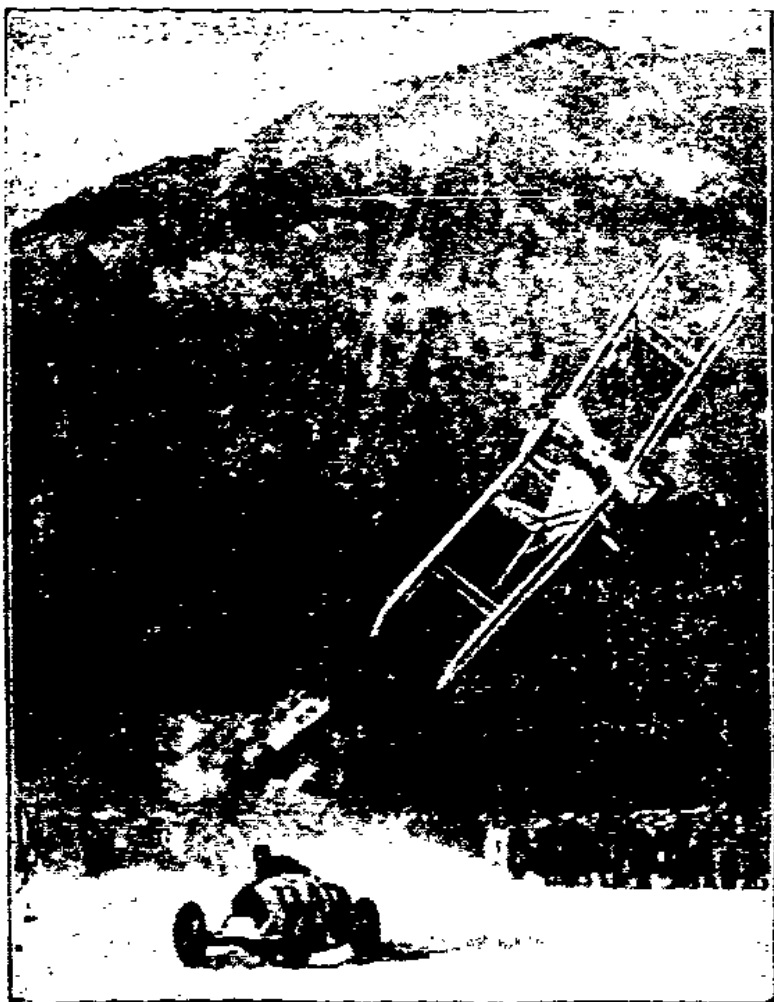
Frankfurt a. M., 18. Februar. Spielende Kinder fanden am Ufer des zur Zeit nur wenig Wasser führenden Main oberhalb der Offenbacher Schleuse bei Frankfurt a. M. eine große Anzahl von Zweimarkstücken.

Bei Nachforschungen durch die Polizei fand man noch etwa zweitausend Geldstücke. Es stellte sich heraus, daß es Falschgeld war. Offenbar haben die Falschmünzer die Stücke am Main verstreut, um so bei vorübergehender Gelegenheit wieder abzuhebeln.

Es handelt sich hierbei ausschließlich um Zweimarkstücke mit dem Münzzeichen „M“ und dem Prägejahr „1923“. Als um „Salabander“, wie der Berliner so neuerdings zu Ehren des verhassten Falschmünzers und Korbhändler Dr. Schlabach genannt hat.

„Europa“ in heftigem Sturm

Der Dampfer „Europa“ ist am Mittwoch mit stürmischer Verzögerung in Cherbourg eingetroffen. Der Dampfer hatte auf seiner Überfahrt einen bösen heftigen Sturm zu überstehen, der größeren Materialschaden anrichtete.



Wettfahrt zwischen Auto und Flugzeug

Um den reichen Arbeitslosen einen besonderen Nervenkitzel zu bereiten, fand auf dem Hübsee bei Garmisch-Partenkirchen ein Vergleichsrennen zwischen einem Sportflugzeug und einem Rennwagen statt. Das Auto hatte acht Runden, das Flugzeug 14 Runden zurückzulegen. Nach einem aufregenden Kampf blieb das Auto Sieger.

Bluttat eines Reichswehrsoldaten

Mutter und Tochter niedergeschossen, darauf Selbstmord verübt

Regensburg, 18. Februar. In Regensburg ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch eine furchtbare Bluttat, die zwei Todesopfer und eine Schwerverletzte forderte.

Ein Reichswehrobergezeiher gab am Mittwoch nach 22 Uhr in Regensburg auf ein Mädchen, mit dem er ein Verhältnis unterhielt, sowie auf dessen Mutter mehrere Schüsse ab. Letztere wurde durch drei Kugeln in die Brust sofort getötet. Das Mädchen, das auf der Flucht einen Schuß in den Rücken erlitt, und der Gezeiher, der nach der Bluttat sich einen Kopfschuß beibrachte, wurden in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert. Hier erlag der Gezeiher seinen Verletzungen. Das Mädchen mußte sofort einer Operation unterzogen werden. Als Grund zur Tat wird Eifersucht angegeben.

Ich über das Dach auf das Nachbargebäude zu retten suchte, stürzte ab. Er war auf der Stelle tot. Fünf andere Bewohner, darunter zwei Kinder, erlitten so schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Flieger stürzt in Hochofen

Mech, 18. Februar. Ein Flugzeug des Mecker Jagdfliegerregiments erlitt über dem Flughafen Nieder-Zeuk einen Motordefekt.

Der eine der beiden Insassen, Unteroffizier Bordin, sprang mit einem Fallschirm ab, der sich jedoch nicht öffnete. Bordin stürzte unglücklichweise in einen Hochofen und verbrannte.

Der zweite Flieger, Unteroffizier Seneschal, stürzte mit dem Flugzeug auf eine Baracke und war auf der Stelle tot.

Zwanzig Millionen Dollar unter schlagen

New York, 18. Februar. In Chicago wurde nach wochenlangen Unter suchungen gegen sechs verhaftete Beamte des Bain-Bankkonzerns Anklage wegen Unterschlagung von insgesamt 15 Millionen Dollar erhoben.

Der Konzern umfaßt zwölf Banken und hat im Juni letzten Jahres die Zahlungen eingestellt. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen haben die Angeklagten Auszahlungen gemacht, die sich zu ihren Gunsten auswirkten.

Im Finanz- und Steueramt in Lodz wurden große Unterschlagungen, die insgesamt auf 14 Millionen Zlotn (etwa 7 Millionen Mark) geschätzt werden, festgestellt. Als Schuldiger wird der Vorstand des Steueramtes namens Richter bezeichnet.

Willst du das kleinere Uebel schlagen?

Wenn du mit dem SPD-Arbeiter diskutierst, dann benutz hierzu die „Rote Einheitsfront“, das achtseitige Diskussionsorgan, das wichtige Zitate über die Stellung der SPD zu Hindenburg 1925 und 1932 enthält, das Preußen als Bollwerk der Notverordnungs diktatur Brünings enthält und das u. a. Briefe und Diskussionsartikel über die Frage des Massenstreiks in Braunschweig, der roten Einheitsfront im Kampf gegen Notverordnungs diktatur und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg enthält. Sie ist zum Preise von 10 Pfennig bei jeder proletarischen Literaturstelle und bei jedem Literaturverkäufer zu erhalten. Besorge sie dir noch heute, ehe sie vergriffen ist.

Verantwortlich: Alfred Brendel, Berlin.

„Wer wird der nächste Reichspräsident?“

Eine nationale Lehrerin in Clausthal-Merthal sagte vor einigen Tagen zu ihrer Schulkasse:

„Heute wollen wir einmal Reichspräsidentenwahl machen. Wer wird der nächste Reichspräsident? Hitler oder der Arbeiter Thälmann?“

Ein jedes Kind bekam darauf einen Zettel und mußte schreiben, wen es wählen wollte. Nach ungefähr 10 Minuten wurden die Zettel wieder eingesammelt.

Das Zählen ging los. Immer Thälmann, immer Thälmann! Thälmann hat von 46 Kindern 41 Stimmen erhalten, und Hitler nur 4 Stimmen und eine ist verlorengegangen.

Die ganze Schule spricht davon. Ein jedes Kind von uns hat große Freude. In der Stadt wird davon erzählt. — Und die Lehrerin hat einen roten Kopf gekriegt, und hat nicht mehr gelacht.

Auch die Arbeiterkinder wissen, wie dieses Beispiel zeigt, daß Ernst Thälmann an der Spitze der roten Einheitsfront steht, die darum kämpft, daß den Kindern des Proletariats ein besseres Los und eine bessere Schule geschaffen wird als heute.

Wohnhaus in Flammen

Ein Toter — Fünf Schwerverletzte

Paris, 17. Februar. In einem Wohnhaus in Boulogne ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag eine Gasexplosion, die das ganze Wohngebäude in kurzer Zeit in ein Flammenmeer verwandelte.

Die Bewohner des Hauses konnten sich nur notdürftig helfen, in Sicherheit bringen. Einer der Bewohner, der

Rund um die „Preissenkung“

Es geht mit dem Preisabbau rüstig vorwärts. Der Preislenkungs-

„Der Herr Reichskommissar für Preisüberwachung hat auf

Die Preise für Flaschenbier werden bei Abgabe an den Ver-

Über also von der Preislenkung regen Gebrauch machen will, der

Das Statistische Amt meldet:

„Der Lebenshaltungsindex ist in der letzten Woche fast un-

Die Butterpreise sind gestiegen, aber sonst ist nach der Meinung

Was meinen Sie? — Der Preisabbau sei der keine Lohn, wenn

Draußen herrscht noch immer strenge Kälte. Die Kohlenhändler

Mit Recht stellt ein Erwerbsloser verzweifelt die Frage: Nun,

Na, beruhigen Sie sich, es gibt zahlreiche Dinge, die im Preis

Preissenkung ist kein Schwindel. Wer verbreitet denn diesen

Brauereiarbeiter der Haase-Brauerei!

Am Freitag, dem 19. Februar, findet im Lokal „Goldenes

Öffentliche Belegschaftsversammlung

Katt. Es spricht der frühere rote Betriebsrat der Haase-

Im Zeichen des Aufgebots der 100000

Klettenberg. Die vor einigen Tagen hier stattgefundenen Mit-

Ungeheuer, her zur KGD!

Am Mittwoch, dem 17. Februar, veranstalteten die revolu-

Auf Grund der steigenden Erfolge hatten die Polizeibeamten

Wir werden uns durch keine Maßnahme, auch nicht der Polizei,

Vorbildliche Arbeit der C.-Gruppe Breslau-Nord

5 Genossen der C.-Gruppe haben im Laufe einer Stunde 450

Dieses Beispiel vorbildlicher Arbeit zeigt, daß es möglich ist,

Welche Erwerbslosengruppe macht diese vorbildliche Arbeit der

Achtung! Stadtteil Breslau-Nord!

Heute um 20 Uhr findet in Rosenthal im Lokal „Drei

Morgen, Sonnabend, um 20 Uhr, öffentliche Versammlung

Genossen! Erhöht vollständig zu diesen Versammlungen und helft

Solidaritätsfest

der Horen Hille und der Horen-Hille-Pioniere, Breslau Nord, am

Ein Wolf beißt die „Schlesische Zeitung“

Das Hakenkreuz-Hugenbergblatt will den Kapitalismus retten

Breslau. Bisher einmal hat das deutschnationalsozialistische

Am letzten Montag sendete die Schlesische Funkstunde einen

Um so mehr muß man sich wundern, daß jetzt die „Schlesische

Es ist eigentlich verwunderlich, daß gerade die „Schlesische

Wir werden scharf aufpassen, ob die Schlesische Funkstunde

T. C. Ruschalla

Reichsbannerführer kommt zur KPD.

Rote Wahlhelfer vor die Front — Für den Arbeiterkandidaten!

Moselade, Kreis Brüg. Immer deutlicher erkennen die Reichs-

In der Aussprache meldete sich der Reichsbannervorsitzende

Nun ist aber Schluss damit.

Die haben uns lange genug verraten und verkauft, für uns als

Wie mag dieser Verrat, der jahrelang der KPD und dem Reichs-

Bei giftischen Schmerzen, Nerven- und Kopfschmerzen

Tausende und aber Tausende ehrliche, kampfgewillte Arbeiter

Und wieder die Sammelschule III

(Kinderkorrespondenz)

Vor einigen Tagen fand eine Schülerversammlung der Sammels-

Das Reichsamt bei dieser Tatsache ist, daß die Polizei vom

Au diesem Beispiel ist wieder einmal zu erkennen, welche

Nachwuchs Elternabend der Sammelschule V, Ackerstrasse

und weil die Nachfrage nach Karten nicht befriedigt werden konnte

Mitteilung an alle Ortskomitees der KGD.

Die bis zum festgelegten Termin nicht umgetauschten Mitglieds-

Genosse Brodde spricht

am Dienstag, dem 23. Februar, um 20 Uhr in Hoffmanns Festlokal

Wohin am Sonntag, dem 28. Februar?

Zum roten Kummel der roten Sportler im „Schlachterberg“

Strehlen. Die rote Hilfe, Ortsgruppe Strehlen, veranstaltet

Arbeiter und Arbeiterin von Stadt und Land, unterstützt das

Für die rote Klassenkandidatur Thälmann

mobilisiert die Betriebe!

Jeder Pfennig

auf die Sammelkassen der KPD!

Einzahlungen sind zu machen auf Postcheckkonto 36 760,

Proleten-Wochenpielplan

Kat und Parachon auf Freiersfüßen — Bonlon

Eine erste Note bringt der zweite Film in das Programm:

Musikale Bilder aus aller Welt beschließen das lebenswichtige

Verantwortlich für den politischen Teil: Brodberg und Lotze; Rudolf

Für die Gesundheit ist das Beste gerade gut genug. Minder-

Die Hindenburgaktion des ADGB.

Die entscheidende Aufgabe des ADGB. und der SPD. als dem Hauptstützen des deutschen Kapitals besteht gegenwärtig darin, die bevorstehenden verschärften Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse vorzubereiten und zugleich die Massen für die Hindenburgfront zu fördern. Zu diesem Zweck haben sich die Tarnow und Co. mit einer neuen Aktion in Szene gesetzt, die unter der Maske der „Arbeitsbeschaffung“ in Gang gebracht werden soll. Die ADGB.-Führung versucht ihren Bankrott und Betrug durch scheinoppositivische Phrasen vergessen zu machen, mit Hilfe neuer demagogischer Manöver die Empörung der notleidenden Massen aufzufangen und die weiteren Absichten und Maßnahmen der Bourgeoisie durch soziale Verbrämung leichter durchzuführen. Der Ausgangspunkt dieser neuen Hindenburgaktion, die der verschärften Ausbeutung der Arbeiter und dem Stimmenfang für Hindenburg und Severing dienen soll, ist die Sitzung, die der ADGB.-Ausschuh am 15. Februar abhielt und die dort gefasste Entschliessung, die von der sozialdemokratischen Presse in großer Aufmachung veröffentlicht wird.

Die sozialfaschistischen Bürokraten haben die eiserne Stirn, diese Entschliessung mit der Feststellung zu beginnen, daß die Notverordnungen den arbeitenden Massen unerhörte Opfer auferlegt haben und daß nichtsdestoweniger die Wirtschaftskatastrophe weiter geht. Mit keinem Wort erwähnen die Tarnow und Co., daß vornehmlich sie es waren, die die Notverordnungen überhaupt ermöglichten, die mit allen Mitteln die Massen vom Kampf gegen die Notverordnungen abzuhalten suchten, ja, daß sie sogar diktatorische Lohn- und Sozialabbau-Maßnahmen als ein „Stück Sozialismus“ erklärten. Seltener, sozialdemokratische und im ADGB. organisierte Arbeiter, diese Gegenüberstellung an:

Die in den letzten einundzwanzig Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht. . . . Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich zwölf Prozent, die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um fünf Prozent.“ (ADGB-Entschliessung vom 15. Februar.)

„In dieser Krise ist es für die Regierung möglich, höhere Löhne zu geben und ohne diese Notverordnungen wäre es nicht gegangen, man hätte vor einem Staatsbankrott gestanden.“ (Stampfer am 18. Dezember 1931 in der Wilmersdorfer Mitgliederversammlung.)

„Aber wir stellen doch fest, daß sich in dieser Notverordnung . . . mit Ungewalt durchgesetzt hat, was in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm . . . als marxistische Erkenntnis verankert ist.“ („Hamburger Echo“ vom 10. Dezember 1931.)

Vor zwei Monaten priesen die Tarnow und Co. die Notverordnung den Massen an. Heute, wo sich die furchtbaren Folgen der ADGB.-Notverordnungspolitik für die Massen ganz offen zeigen, wird versucht, sich durch scheinoppositivische Redensarten zu retten, um den Betrug an den Arbeitern mit neuen Maßnahmen fortsetzen zu können.

Wie diese neuen Betrugsmethoden aussehen, geht bereits deutlich aus der Entschliessung des ADGB. selbst hervor. In ihr werden Punkte angeführt, von denen Tarnow laut dem Bericht des „Vorwärts“ in der ADGB.-Sitzung sagte, daß sie ein „Programm von positiven Forderungen mit sozialistischem Charakter . . . Lösungen im Sinne des Sozialismus“ darstellen. Seit 1918 der „Sozialismus marschierte“, ist dieses Wort im Munde der Tarnow und Co. noch immer die Maske eines neuen Betrugs gewesen. So auch diesmal. Nur jetzt noch krasser und schamloser.

Die eine „sozialistische Forderung“ ist die „40-Stunden-Woche“, natürlich ohne Lohnausgleich, oder zu gut Deutsch der weitere Lohnabbau unter dem Deckmantel einer „Verkürzung der Arbeitszeit“. Die „Forderung“ des ADGB. datiert ja nicht erst seit heute, und die Tragis der vergangenen Zeit hat deutlich erwiesen, was sie bedeutet. Wo es den Unternehmern zweckmäßig erschien, wurde die Arbeitszeit herabgesetzt, der Lohn dementsprechend gekürzt, neue Einstellungen nicht vorgenommen und die Mehrarbeit durch Antreiber herausgeholt — alles mit Unterstützung der ADGB.-Führer. Wo den Kapitalisten Kurzarbeit als zweckmäßig erschien, wurde die Arbeitszeit zwar heraufgesetzt, ebenfalls ohne Lohnausgleich oder mit direkter darauffolgender Lohnkürzung — und auch das geschah mit Unterstützung der ADGB.-Führer. Gerade jetzt wird in Berlin vom Sach- und Finanzminister, hinter dem SPD. und ADGB. stehen, die Verlängerung der Arbeitszeit in den Krankenhäusern von 48 auf 54 Stunden vorbereitet.

Die nächste „sozialistische Forderung“ des ADGB. ist die „Seitämpfung des Doppelverdienertums“. Abgesehen davon, daß das ein reaktionärer Programmpunkt ist, dient er der Bourgeoisie und Bürokratie nur als Ablenkung, denn es gibt unter den proletarischen Massen nicht viel Doppelverdienere. Überdies rekrutieren sie sich zu einem nicht geringen Teil aus den Kreisen der Gewerkschaftsbürokratie selber.

Nur aber kommt die „sozialistische“ Hauptforderung des Kernstückes der ADGB.-Aktion. Die Entschliessung lautet: „Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Wahrung abgetan werden.“

Nähere Einzelheiten dazu erfährt man aus dem im „Vorwärts“ (vom 17. Februar) abgedruckten Sitzungsbericht. Erst entwidelt Tarnow und dann Bachem von der Arbeiterbank einen Plan, der — ein alter Bekannter — eben der Sachem-Maßnahmen die Inflation vorschlägt. Der kapitalistische Staat soll „Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen“ werden; mit den Krediten sollen Arbeiter finanziert werden. Jeder versteht, daß diese Schuldverschreibungen ein Stück Papier sind und daß die darauf begründete Vermehrung des

Reichskabinett berät neue Abbaupläne!

Neue Kürzung der Unterstützungssätze / Ausdehnung der Bedürftigkeitsprüfung auf alle Arbeitslosen

Das will die Brüning-Severing-Hitler-Front! Kämpft unter Führung Thälmanns gegen die Abbaupläne, für Erhöhung der Unterstützungssätze und um höhere Löhne.

Alarmierende Meldungen gehen durch die kapitalistische Presse. Das Reichskabinett berät zur Zeit über eine Reihe von Vorschlägen, die das Ziel haben, weitere riesige „Ersparnisse“ bei der Arbeitslosenunterstützung zu machen. Auch der Vorschlag des „Reichskommissars für Preisüberwachung“, Goerdeler, wird beraten. Die „Vossische Zeitung“ vom 18. Februar schreibt darüber:

„Die Pläne des Reichskommissars Goerdeler gehen u. a. davon aus, durch die Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserversicherung eine Vereinfachung herbeizuführen, die gleichzeitig auch das Ziel hat, die Finanznot der Gemeinden zu vermindern. Weiter ist eine Suspension der Arbeitslosenversicherung überhaupt vorgesehen.“

„Suspension der Arbeitslosenversicherung“

bedeutet Ausdehnung der Bedürftigkeitsprüfung auf alle Arbeitslosen, wie es Goerdeler vorschlägt. Der Vorschlag Goerdelers ist in seinen Grundzügen im Einklang mit den Forderungen, die die ADGB.- und SPD.-Führer erhoben haben.

Daß es sich nicht um einen Plan handelt, der nur pro forma beraten wird, das zeigt der volksparteiliche „Hannoversche Kurier“, der in seiner Ausgabe vom 18. Februar schreibt:

„Unabhängig von dem Vorschlag Goerdelers werden aber im Reichsarbeitsministerium eigene Vorschläge ausgearbeitet. Man glaubt, daß auch im Sommer 1932 mit 5 bis 5,5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen ist, wenn es nicht bis dahin gelingt, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Hierzu aber fehlt das Geld, an dem bisher die schönsten Arbeitsbeschaffungspläne scheiterten. Und so will man die Ersparnisse, die durch die Verwaltungsvereinfachung, durch eventuelle Leistungskürzung usw. bei der Arbeitslosenversicherung gemacht werden können, dazu verwenden, Erwerbslose wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen. . . . Zunächst einmal, daß man auch an den amtlichen Stellen nun endlich erkannt hat, daß es mit der Dreiteilung der Arbeitslosenhilfe in Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtspflege nicht weitergeht, daß eine Vereinheitlichung erfolgen muß.“

Jeder Arbeitslose, jeder betriebstätige Arbeiter kann aus diesen Mittellungen erkennen, daß ein neuer einschneidender Abbau geplant ist. Jeder betriebstätige Arbeiter weiß auch, welche ungeheure Gefahr es auch für ihn bedeutet, wenn der Heer der Arbeitslosen die kärgliche Unterstützung noch mehr gekürzt wird, wenn zu den schon vorhandenen Millionen Nichtunterstützter neue Hunderttausende kommen.

Diejenigen Parteien, die jetzt zur Wahl Hindenburgs auffordern, wollen gemeinsam mit den Harzburger Parteien den neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung herbeiführen.

Die Massen der betriebstätigen Arbeiter und Arbeitslosen müssen gemeinsam gegen die Abbaupläne kämpfen. Es gilt, die rote Einheitsfront zu verstärken, die unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Thälmann gegen jede Verschlechterung der sozialen Unterstützungen, für Erhöhung der Unterstützungssätze, für höhere Löhne kämpft.

Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land, kämpft mit um die Forderungen der roten Einheitsfront: für eine umfassende Erwerbslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates!
Für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, für die Zahlung derselben an alle Erwerbslosen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit!
Für die Einbeziehung aller schulentlassenen proletarischen Jugendlichen in die Erwerbslosenunterstützung!

Für die Versorgung aller Erwerbslosen mit ausreichenden Lebensmitteln, Heizung und Kleidung außerhalb der Unterstützung!

Für die Uebernahme der Mieten auf Kosten des Staates und der Kommunen für alle Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger!

Für die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung — für die Beseitigung jeder Art von Zwangs- und Pflichtarbeit und für volle tarifliche Bezahlung!

Betriebstätige Arbeiter, Arbeitslose! Kämpft mit für diese Forderungen, indem ihr in der roten Einheitsfront kämpft. Scharf euch in diesem Kampfe um den

roten Präsidentschaftskandidaten Ernst Thälmann!

Papiergeldes eine Inflation im vollen Sinne des Wortes bedeuten würde. Tarnow führte dabei das Beispiel Amerikas an. Daß das nur eine Fälschung des Inflationcharakters des Tarnow-Bachem'schen Planes ist, ist klar aus dem „Vorwärts“ selber zu ersehen. Wir stellen gegenüber:

Tarnow in der ADGB.-Sitzung: „Vorwärts“, 11. Februar: „Die Amerikaner verstanden die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Auch gegenüberstehen . . . Endlich ist sie suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Währung, wenn man, wie es Kreditausweitung. Zwar ist die neue Kredite gewährt wird, als dies bei uns der Fall ist, aber der größte Vorteil der Amerikaner besteht vielleicht darin, daß sie . . . sehr wie wir die Wirtschaft durch die Theorie sehen.“

Sogar Kaphthal mußte in der ADGB.-Ausdehnung zugeben, daß das, was Tarnow will, Inflation bedeutet. „Die Inflationstheorie muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationsspanik führen kann“, sagte er wörtlich. Allerdings taugt Kaphthal's „Vorschlag“ einer „öffentlichen Anleihe zur Arbeitsbeschaffung“ ebensov wenig: ist es eine freiwillige Anleihe — nun, die Kapitalisten werden nicht und die Arbeiter können nicht zeichnen. In es eine Zwangsanleihe, dann brücken sich die Kapitalisten und die Arbeiter werden aufs neue geschöpft.

Tarnow „berechnet“ in seinem Inflationssplan, daß 500 000 Arbeiter beschäftigt werden können. Schon Kaphthal bemerkte dazu: „Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen werden. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg.“ Bei über 6 Millionen Erwerbslosen! Tatsächlich bringt die Tarnow'sche Inflation gar keine Arbeitsbeschaffung, sondern Subventionen, Geschenke für die Unternehmer, die die Kredite erhalten und Inflation für die Massen, d. h. eine Entwertung und Kürzung der Löhne, der Arbeitslosenunterstützungen und der Einlagen der kleinen Sparer. Das bedeutsame ist noch, daß die Tarnow'sche Inflation genau dasselbe ist, was die Nazis mit der „Finnenmark“ wollen. Hand in Hand wirken Tarnow und Hitler für Inflation und Faschismus.

Sehr kennzeichnend ist noch die letzte „sozialistische Forderung“ des ADGB. auf außenpolitischem Gebiete. Die Entschliessung verlangt eine „aktive Außenpolitik“ und Kaphthal verdeutlichte das, indem er erklärte: „Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß.“ Diese Unterführung eines Zusammengehens des deutschen und französischen Imperialismus bedeutet das Eintreten für die Völkerbundsarmee, für die französisch-japanische Kriegesaktion gegen China und für die Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

Die Krönung der ganzen Hindenburgaktion des ADGB. soll ein „Krisenkongress“ sein. Natürlich sollen nicht die Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen Vertreter dazu wählen, das könnte das Manöver der Tarnow u. Co. stören; vielmehr soll der Kongress „aus den Delegierten des Frankfurter ADGB.-Kongresses“, der seinerzeit auf die übliche Weise zusammengeschoben wurde und fast durchweg aus größeren und kleineren Gewerkschaftsböngern bestand, sich zusammensetzen.

Das ist die neue Aktion des ADGB. Sie dient dem Arbeiterbetrug, der Inflation, dem Lohn- und Sozialabbau, dem Faschismus, der Kriegspolitik gegen die USSR, dem Stimmenfang für Hindenburg bei der Präsidentschaftswahl bzw. für Severing bei den darauffolgenden Präsidentschaftswahlen. Dem neuen Betrugsmanöver der ADGB.-Führer stellt die Arbeiterklasse unter Führung der KPD. und SPD. das Programm des Klassenkampfes entgegen. Nur durch den Kampf der Betriebe und Stempelstellen gegen Lohn- und Sozialabbau abgewehrt, können die wirtschaftlichen Tagesforderungen der Arbeiter, kann die vierzigstündige Woche bei vollem Lohnausgleich und bei Einstellung von Erwerbslosen durchgesetzt werden. Nur der Klassenkampf in geschlossener Front führt zum Sozialismus! Als Bekenntnis zu diesem Klassenkampf erklären sich die Arbeiter gegen die Hindenburg- und Tarnow- und für den roten Präsidentschaftskandidaten und machen die Massen für die Wahl des roten Arbeiterkandidaten mobil.

Auch SAP.-Mitglieder der Roten Hilfe für Thälmann

Bunzlau. Die Generalversammlung der Roten Hilfe, Druckgruppe Bunzlau, hat den Beschluß gefaßt, die Kandidatur des Erwerbslosen Ernst Thälmann zur Reichspräsidentenwahl vollauf zu unterstützen. Die 38 anwesenden SAP.-Arbeiter haben mit die Kandidatur Thälmanns begrüßt.

Die Rote-Hilfe-Gruppen müssen überall ihre Mitgliedschaft für den roten Arbeiterkandidaten mobilisieren, müssen sie als rote Wahlhelfer in den Kampf Klasse gegen Klasse einreihen.

Willst du das kleinere Uebel schlagen?

Wenn Du mit dem SPD.-Arbeiter diskutierst, dann benutze hierzu die „Rote Einheitsfront“, das achtseitige Diskussionsorgan, das wichtige Zitate über die Stellung der SPD. zu Hindenburg 1925 und 1932 enthält, daß Preußen als Volkswert der Notverordnungs-diktatur Brüning's enthüllt und das u. a. Briefe und Diskussionsartikel über die Frage des Massenstreiks in Braunschweig, der roten Einheitsfront im Kampf gegen Notverordnungs-diktatur und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg enthält. Sie ist zum Preise von 10 Pfennig bei jeder proletarischen Literaturstelle und bei jedem Literaturverkäufer zu erhalten. Besorge sie dir noch heute, ehe sie vergriffen ist.

für die rote KLASSENKANDIDATUR THÄLMANN mobilisiert die Betriebe jeder Pfennig auf die Sammelkassen der KPD

Die österreichische Sozialdemokratie für Notverordnungen

Wien, 18. Februar. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten erteilte heute der österreichische Nationalrat der Regierung durch das Notverordnungsrecht die Regierung kann jetzt ohne Zustimmung des Parlamentes unbeschränkt Notverordnungen erlassen.

Ungeheurerlicher Lohnraub im faschistischen Italien

Die großkapitalistische, durch ihre Sowjetfeindschaft verzerrte „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt über den ungeheuren Lohnraub, der sich gegenwärtig in Italien vollzieht: „Der Durchschnittslohn des Mechanikers ging von 4 Lire auf 2,48 Lire zurück (1 Lire = 20 Pfennig), während er auf Grund des allgemeinen Lohnabbaus 3,16 Lire betragen sollte. Der Lohnabbau der Baumwollwebereien beträgt 40 Prozent, d. h. der Tagelohn wurde von 17,10 auf 10,50 Lire gesenkt.“ Die gleiche Zeitung berichtet weiter, daß mehr als 70 Prozent aller italienischen Angestellten weniger als 800 Lire im Monat verdienen.

Von diesen Zahlen kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie die Arbeiter und Angestellten im „Dritten Reich“ leben. Das Bild wird vervollständigt, wenn man sich vor Augen hält, daß die durchschnittlichen Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände in Italien sogar etwas höher sind als in Deutschland.

Massenverhaftungen in Sevilla

Sevilla, 18. Februar. Im Laufe der letzten Tage wurden hier mehr als 300 revolutionäre Arbeiter verhaftet, die in den Streiks eine führende Rolle gespielt haben. Die Stimmung in der Stadt ist äußerst gespannt. Auch in Katalonien dauern die Streiks und Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Zivilgardien an.

Vainleve mit der französischen Regierungsbildung betraut

Paris, 18. Februar. Mit der Regierungsbildung wurde Vainleve betraut. Vainleve ist ein sogenannter „Lifer“. Er war Kriegsminister zur Zeit, als der französische Imperialismus den Krieg gegen Marokko geführt hat.

Kurze Auslandsnachrichten

Der gegenwärtige Präsident des Hindischen Kongresses, Sardar Sardul Singh, wurde am Sonntag in der Nähe Bombays verhaftet.

Die Erkundungsbohrungen zum Bau der Untergrundbahn in Moskau gelangen Anfang März zum Abschluß.

Die Eisenbahnarbeiter von Bukarest veranstalteten eine mächtige Kundgebung gegen die Herabsetzung ihrer Löhne, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Bei der Elektrofabrik in Moskau wurde ein Technikum für die Heranbildung technischer Kader aus ausländischen Arbeitern mit deutscher Unterrichtssprache eröffnet. Das Technikum wird die Techniker mit Spezialkenntnissen für die Werkstätten der Fabrik ausbilden.

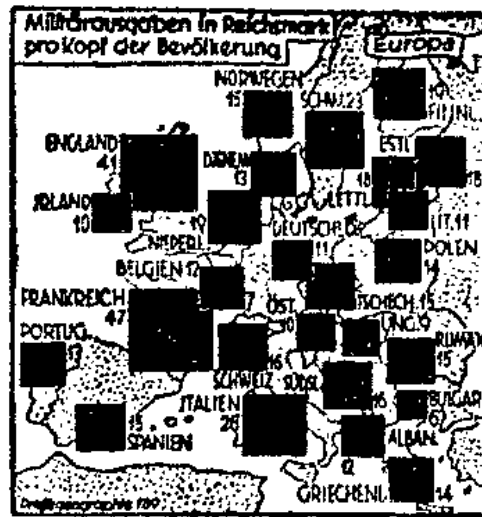
Japan annektiert die Mandchurei

Tokio, 18. Februar. (Eig. Drahtber.) Heute wurde die Mandchurei zum „unabhängigen Staat“ von Japans Gnaden proklamiert. Die Tatsache der Bildung einer mandchurischen Regierung durch Japan ist die Krönung des japanischen Raubzuges in Ostasien. Mit Zustimmung aller imperialistischen Mächte hat Japan die Mandchurei vollständig an sich gerissen, damit ist das kriegerische annektionswütige Japan zum unmittelbaren Nachbar der Sowjetunion geworden. Die bisherigen Provokationen an der sowjetischen Grenze, die Verjagung japanischer Botschaftsmitglieder,

in die sowjetischen Betriebe in Mladostok einzubringen, zeigen, welchen Kurs Japan in dem neuen Bufferstaat einschlagen wird.

Der eigentliche Zweck der Annexion der Mandchurei ist die Schaffung eines Aufmarschgebietes zur Intervention der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion. Ueber Strecken von vielen Hunderten von Kilometer müssen die Interventionsheere gegen die Sowjetmacht marschieren. Die Bildung der japanischen Regierung in der Mandchurei ist ein Alarmzeichen für das internationale Proletariat seine Kräfte zur Verhinderung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion zu verriegeln.

Die Rüstungsausgaben in der Welt sind im Zeichen des Völkerbundes und der Kriegsächtungspakte um 70 Prozent höher als im Jahre 1913. In den 13 Jahren, seit dem „Friedensschluß“ 1918 wurden 23 Kriege geführt und gegenwärtig droht ausgehend vom Fernen Osten ein Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.



Arbeitslosensturm in Shanghai

Japanischer Angriff auf die Shanghai Universität — Schwere Kämpfe in Shanghai

Shanghai, 18. Februar. Gestern drangen Arbeitslose in das Gebäude des außerordentlichen Zivilkomitees ein und verlangten energisch die Auszahlung von Unterstützung. Die Arbeitslosen erklärten, daß sie dem Verhungern nahe seien und sie unbedingt auf die Gewährung von Unterstützung beharren müßten. Die chinesischen Behörden riefen die Polizei der ausländischen Niederlassung zu Hilfe, und es entwickelte sich schwere Kämpfe.

Am heutigen Tage sind japanische Truppen in das Gebäude der Shanghai Universität eingedrungen. Die Studenten lehnten sich zur Wehr und im Feuergefecht geriet das Universitätsgebäude in Flammen. Die aus 300 000 Bänden bestehende Universitätsbibliothek befindet sich in Gefahr. Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen Japanern und

Chinesen statt. Man nimmt aber allgemein an, daß diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen werden, da die Japaner die Zurückziehung der chinesischen Truppen bis auf 20 Kilometer vor Shanghai entfernt fordern. Währenddessen dauern die Kämpfe zwischen Japanern und Chinesen mit unerminderter Heftigkeit an.

Im Mittelpunkt der internationalen Niederlassungen in Shanghai, im Gebäude des größten japanischen Handelsunternehmens ist heute eine Bombe geplatzt. Die Detonation war so stark, daß das gesamte Geschäftszentrum der internationalen Niederlassung erbebte. Mehrere Chinesen wurden durch die Erschütterung schwer verletzt.

Litwinow in Genf — das Sprachrohr der Weltarbeiterchaft

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Frankreichs, die „Humanité“, schreibt zur Rede Litwinows in Genf: „Genosse Litwinow wandte sich an die Proletarier der ganzen Welt in erster Linie an die Arbeiter Frankreichs, deren Regierung Initiator aller sowjetischen Verwicklungen ist, die mit französischem Geld organisiert werden. Die Delegierten der französischen Regierung treten jetzt in Genf mit dem Vorschlag auf, eine mächtige und bedrohliche Maschinerie des konterrevolutionären Krieges zu schaffen. Genosse Litwinow entlarzte meisterhaft den Mechanismus dieser Maschinerie.“

Bedeutende Perspektiven für Ingenieure nur in der Sowjetunion

Bei einem Vortrag über die Sowjetunion vor tschechischen Ingenieuren in Prag führte der bürgerliche Abgeordnete Sebe am Schluß aus:

„In Rußland ist Großes geleistet worden, und für das nächste Jahr ist bereits ein neuer Fünfjahresplan ausgearbeitet, der noch großzügigere Projekte vorsieht.“

Bei dem Mangel an einheimischen Technikern eröffnen sich aus der Mitarbeit an dem großen Werke für unseren Uebersehuh an hochqualifizierten Technikern bedeutende Perspektiven.“



Copyright by Act-Verlag, Berlin-Wiesbaden

1. Fortsetzung

Die Zeugenaussagen für Frau Abromeit waren günstig. Niemand von den Hausbewohnern wußte Nachteiliges über sie. Die Anklage wegen vorläufigen Mordes wurde auch fallen gelassen und auf jahrelängige Föhung erkannt. Damit war aber der Fall noch nicht erledigt. Die städtischen Gaswerke erhoben Klage wegen Betruges und machten Schadenersatz geltend.

Frau Abromeit hatte bei ihrem Gasverbrauch den Gasmesser umgangen. Sie hatte den Regler am Haupthahn vor dem Gasmesser entfernt und diesen durch einen anderen ersetzt. An diesem Regler für diesen betrügerischen Zweck angefertigten Regler, befand sich ein Mundstück für einen Gummischlauch, der am anderen Ende mit einer Verschraubung oberhalb des Gasmessers wieder an das Rohr angeschlossen wurde. Der Apparat war eine fachmännische Arbeit. Anmontieren und Entfernen erforderte höchstens eine Minute.

Der Richter redete der Angeklagten ins Gewissen, den Missetäter zu nennen. Doch sie blieb dabei: „Machen Sie, was Sie wollen, ich verrate ihn nicht.“ Es ist ja auch nicht meine Schuld, daß der Schlauch über Nacht platzte. Er war schon zu verbraucht von dem vielen Auf- und Abstreifen. Und für einen halben Meter Gummischlauch, bei einem Dollarstand von Siebzigtausend, gibt es schon wieder, wenn auch nur für jeden eine Scheibe, aber immerhin für jeden eine Scheibe Brot.

Frau Abromeit wurden mildernde Umstände zugebilligt. Sie hatte ja ihren Mann für das Vaterland hingegeben. Auch die Not wurde berücksichtigt, die zwar alle trifft, aber natürlich auch Frau Abromeit. Hoffnungslos sei ihre Lage jedoch nicht, wurde ihr befohlen. Sie geniesse ja die Kriegszuförge. Frau Abromeit sei noch nicht vorbestraft und außerdem offenbar verführt. So blieben

bei allen sorgfältigen Ermägungen des „Für“ und „Wider“ noch sechs Monate Gefängnis übrig. Die Kinder blieben in Zwangserziehung.

Das ging alles sehr schnell; kaum zwei Stunden dauerte die Gerichtsverhandlung. Die Nordkommission hatte den geplatzten Schlauch am Tage des Unglücks noch entdeckt. Der Apparat lag auf dem Richtertisch. Ein völlig unkomplizierter Fall.

„Nehmen Sie das Urteil an, Angeklagte?“

Frau Abromeit sagte kein Wort. Es schien, als hörte sie nichts, als begreife sie nichts. Was soll sie sagen? Ihr Verteidiger hat die Not, die Verzweiflung, die sie dazu zwang, so treffend geschildert, daß sie sich wunderte, woher solche Herren das so genau wissen. Hat doch alles nichts geholfen, was sollte sie also noch sagen?

„Sie können innerhalb der gesetzlichen Frist Einspruch erheben.“

Frau Abromeit ging gestohesabwesend neben dem Gefängniswächter her, der sie in ihre Zelle zurückführte.

Auch Margot war Zeuge. Sie hatte sich selbst gemeldet. Achtzehn Bewohner hatten sich gemeldet, doch nur fünf wurden verhört. Margot konnte nicht fassen, was geschehen, ging schweigend neben Frau Baumann her. Da hörte sie, kaum daß sie das Gerichtsgebäude verlassen hatten, wie ein Arbeiter zu einem anderen sagte:

„So ein doofer Hund, was? Wenn sie alle die einsperren wollten, die Spargasbrenner benutzen, könnten sie halb Berlin einsperren.“

Die Baumann sagte dann: „Ja, ja, denen es am allerredigsten geht, die kriegen dann noch extra einen Hieb. Am meisten hat mich gewurtelt, wie der Kerl noch von ‚Fürsorge‘ quatschte. Da ist vor ein paar Wochen bei meinem Bruder was Kleines angekommen, auch nun schon das dritte. Wissen Sie, was die Stadt gespendet hat? Ein Spargasfenster mit drei Mark. Sage und schreibe drei Mark! Wo schon ein Stück Seife hundert Mark kostet. Und da ham se noch ne festerliche Urkunde zugegeben, mit dem Berliner Vär druff und so. Und da stellt sich so'n Kerl hin und quatscht von Fürsorge, obgleich ihr auch schon ein paar Gähnen verhungert sind.“

Frau Wankelom sah wieder an der Nähmaschine. Hilde arbeitete in der UG. und traf dort einen alten Bekannten wieder. Hans Wiegmann aus der Baradenfiedlung.

Die Gegend um Berlin war überflutet von den hungernden Großstadtproleten. Die Bauern hatten Korn für Brot und „Kaffee“, hatten Fleisch und Fett. Sie benötigten Seife, Leder, Kleiderstoffe. Hilde und Wiegmann hatten einige hunderttausend Mark in der Tasche und einen mordsmäßigen Hunger im Leib. Sie waren von morgens um sechs Uhr an unterwegs und jagten nun, schon gegen Abend, in einer düsteren Dorfstraße.

Dort redete Hans mit Hilde über einen langgehegten Plan, durch einen Trick Kartoffeln und eventuell auch Fett zu ergattern. Hans hatte zwei Taler. Deutsche blanke Taler. „Verfassungstag 11. August 1922“ stand auf der Rückseite. Für die „rotgeimpelten“ Pantofeln gaben die Bauern nämlich schon längst nichts mehr und für das übrige „Hartgeld“ auch nichts, damit spielten auch auf dem Dorje die Kinder. Aber für den „Verfassungstaler“? „Man müßte mal versuchen“, meinte Hans.

Ein Wagnis war es immerhin. Es war zwar nicht anzunehmen, daß von den wenigen Münzen, die zu Ehren des verstorbenen Geburtstages der Republik geprägt wurden, sich auch einige auf das Land verirrten, aber wissen konnte man es dennoch nicht. Und wenn? „Dann machen wir eben die Dummen!“

Gleich im ersten Hof trafen sie einen noch jungen, erhabenen dreißigjährigen Bauer, der sie gelangweilt anhörte und dann erwiderte, daß er gerade soviel Kartoffeln im Keller habe, als er und seine Leute gebrauchen. Stuhlgang wurde er erst, als Hans antwortete:

„Wir bezahlen mit Hartgeld.“

„Mit Hartgeld? Was für Hartgeld?“

Hans gab dem Bauer einen von den Verfassungstalern. Dieser behaß das blinkende Ding von vorn und hinten und verzog spöttisch den Mund. „Von diesen Dingen können Sie von mir eine ganze Kiepe voll bekommen“, meinte er verächtlich. „Sie halten mich wohl für einen Narren!“

Hans streckte die Hand hin, um seinen Taler wieder in Empfang zu nehmen: „Wenn Sie meinen, ich will Sie betrügen“, antwortete er mit gutgepielter Getränktheit, „dann geben Sie bitte wieder her. Sie kennen den Wert dieses Geldstückes nicht, sonst würden Sie nicht so reden.“

(Fortsetzung folgt.)

Tragt die kommunistische Presse in jede Arbeiterwohnung, in jede Hütte! Werbt ständig dafür!

Massenbekenntnis der Breslauer Arbeiter

Für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann — Gegen das Manöver der SAP.-Führer, die versuchen ihre Barriere zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zu verstärken

Die Breslauer Arbeiterschaft folgte gestern abend in großer Zahl dem Ruf der kommunistischen Partei. Der Schickwerder-Platz war nicht besetzt, als der Bergarbeiter Genosse Becker, nach Eröffnung der Kundgebung durch den Genossen Bayer, die Arbeiter in einen „Roten Arbeiterfront“ ergriff. In wichtigen Sätzen kennzeichnete Genosse Becker die kapitalistische Gesellschaft der Invidiosität, des Elends und der Not, dem die Sozialdemokratie als einseitiges Land ohne Glanz und Ruhm, ohne Erwerbslosigkeit gegenübersteht. Unter härtestem Beifall kennzeichnete er die „letzte Front“ als die Front des Lohnabbaus, der Notverordnungen und der Durchführung der faschistischen Diktatur. Seine Ausführungen gestalteten sich zu einer scharfen Abrechnung mit der SAP, die jetzt erneut durch ein demagogisches Manöver versucht, die verabschiedete Barriere zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu verstärken. Das wird ihnen nicht gelingen! Denn zum ersten Mal endete der Genosse Becker mit dem Ruf, daß der Sieg der Arbeiterklasse dann besichert ist, wenn die SAP-Führer eine Barriere zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, wenn die SAP niedergerissen ist. Wir markieren und trommeln für ein rotes Preußen in Sowjetdeutschland.

Die SAP und KPD hatten es vorgezogen zu streifen. Dafür brach ein vor kurzem von den Faschisten überfallener Genosse und forderte zur Bildung von Massenorganisationen in allen Betrieben, Handwerksbetrieben und Drien auf. Ein junger in Breslau auf Urlaub befindlicher deutscher Eisenarbeiter berichtete den aufmerksam Zuhörern über die glücklichen Erfolge der russischen Arbeiterschaft. In der Kundgebung wurden 10 Beschlüsse für die KPD gefasst: folgende Entscheidung und einstimmige Annahme:

Entscheidung

Die Auffassung des Genossen Ernst Thälmann als roten Arbeiterkandidaten zur Reichspräsidentenwahl, der Aufruf der kommunistischen Partei zum außerparlamentarischen Massenkampf und zur Verhinderung der roten Einheitsfront unter der Losung: „Masse gegen Klasse!“ fanden den stärksten Widerstand in der Arbeiterschaft und der werktätigen Bevölkerung.

Die Kampfforderungen der roten Arbeiterfront

Für die Thälmannkandidatur stimmen und eintreten heißt, die Waffen niederlegen für den außerparlamentarischen Kampf unter Führung der kommunistischen Partei und unter folgenden Losungen und Forderungen:

Gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für die Verteidigung der demokratischen Revolution und der Sowjetunion.

Gegen den Faschismus, gegen die gesamte Reaktion von Seevering bis Hitler.

Gegen politische Anbelang, für Beseitigung der Notverordnungen.

Gegen den nationalsozialistischen Massenbetrug und Mordterror. Gegen die Falschungs- und Streikbruchpolitik der SAP und des sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparates.

Bildung breiter Oppositionsfraktionen in allen Gewerkschaften mit dem Ziele der Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder für den revolutionären Massenkampf und der Lösung von dem sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat.

Für die selbständige Kampfes- und Streikführung der Arbeiterklasse unter Führung der KPD.

Für den Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau und für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes in Verbindung mit den betrieblichen Forderungen der Belegschaften.

Für den Siebentundertag und für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

SAP und KPD, die offen für die Wahl Hindenburgs eintreten, bekunden damit erneut ihre enge Verbundenheit mit dem kapitalistischen System und ihre Einseitigkeit für die faschistische Hindenburg-Front von Seevering bis Hitler. Sie versuchen ihren Masseneinfluß für die weitere Durchführung der Notverordnungs- und des Faschismus auszunutzen. Sie bekunden damit klar und eindeutig das, was die kommunistische Gewerkschaftsbürokratie als Einigen der Kapitalistokratie und der Brünnel-Regierung ein Teil des Faschismus sind. Die Abrechnung eines Nationalen mit den Hindenburg, für den Hitler wiederholt untertänigen Erklärungen abgab, soll der SAP den Arbeiterschaft mit der Theorie vom „kleineren Uebel“ und der Bildung der „Eisernen Front“ erleichtern und gleichzeitig die nationalfaschistische Massenbasis und außerparlamentarische Stütze der herrschenden Klasse stärken.

Die SAP trat im Sinne ihrer verratenden Losung: „Waffen niederlegen!“ und „Wahlfrieden!“ mit der SAP an die Seite zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten. Die kommunistische Partei hat dieses Manöver, sozialdemokratische Arbeiter, die gegen die Falschungs- und Streikbruchpolitik der SAP und des KPD rebellieren, vom Anschlag an die rote Arbeiterfront zurückhalten und an der Unterbrechung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu hindern, verweigern.

Aus Furcht vor dem völligen Kontroll- und Zusammenbruch hat die SAP auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet, worin die gesamte Klassenbewußte Arbeiterschaft eine Zersplitterung der roten Arbeiterfront und einen Hilfsdienst für die Bourgeoisie erblickt hätte. Für die SAP-Führer ist das Eintreten für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann ein Lippenbekenntnis und ein Manöver. Für die SAP-Arbeiter wie für alle sozialdemokratischen Arbeiter, die sich hinter Ernst Thälmann stellen und sich in die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse einreihen, kann es sich nur um ein Bekenntnis für den revolutionären Massenkampf und den Kommunismus, für die Ziele, Losungen und Forderungen der kommunistischen Partei handeln, die eins sind mit den Masseninteressen des Proletariats und die richtunggebend sind für die Aufstellung und Wahl des Genossen Ernst Thälmann als roten Arbeiterkandidaten.

Für die Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe und für die Wiedereinstellung der Erwerbslosen in die Betriebe.

Gegen jeden Pfennig Unterstützungs- und Rentenabbau, für den Kampf um die elementarsten Lebensforderungen aller Werktätigen.

Für die Schaffung vorbereitender Kampforganisationen und revolutionäre Vertrauensleutekörper in den Betrieben.

Für die Zusammenfassung aller kampfgewillten Betriebsräte unter Führung der KPD, Kampf für den Eintritt aller wirtschaftsfriedlichen und streikbrecherischen Betriebsräte, für die Neuwahl der Betriebsräte auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme und roter Einheitslisten.

Für die Bildung von Betriebswehren, Erwerbslosen- und Häuserblattpfaffen, die alle Arbeiter zum gemeinsamen politischen, ideologischen und wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus vereinigen.

Für den Kampf um das Recht auf die Straße.

Für die Bildung von örtlichen Einheitsausschüssen als revolutionäre Einheitsorgane.

Für die Einreihung aller kampfgewillten Arbeiter in die roten Wahlkampfgruppen der KPD.

Wir rufen alle SAP- und KPD-Arbeiter an, mit uns gemeinsam auf dieser Plattform den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenbewegung und Massenaktion zu führen.

Die erfolgreiche Führung des Kampfes, die Festigung und Verbreiterung der revolutionären Einheitsfront hängt in entscheidendem Maße davon ab, inwiefern es gelingt, den sozialdemokratischen Masseneinfluß, der die stärkste Stütze für die Politik der herrschenden Klasse und der sozialfaschistischen Führer ist, zu beseitigen, und die Barriere, die durch die Bildung der SAP zwischen den Kommunisten und den sozialdemokratischen Arbeitern aufgerichtet wurde, niederzureißen, und die entscheidenden Schichten des Proletariats um die einzige revolutionäre Partei, um die KPD, zu scharen. Wir rufen darum den SAP- und den KPD-Arbeitern zu: Reißt euch in die rote Arbeiterfront ein und macht den letzten Schritt, werdet aktive Mitkämpfer der Partei Lenins.

Sendewitz-Pleite in Grünberg

Grünberg. Sendewitz kam am Sonntag persönlich nach Grünberg, um den Niedergang der SAP anzugehen. Ungefähr 150 Personen waren im großen Schützenhausaal versammelt. Für die SAP eine große Pleite. Sendewitz sprach über die Einheitsfront, für die er die SAP-Bürokratie gewinnen will. Er merkte, daß die

Kommunisten zahlreich vertreten waren, sprach er in sehr demagogischer Weise davon, daß ihm die Kommunisten (!) näher ständen, als die SAP. (Über nicht die KPD!) In der Diskussion traten ihm die Genossen Fr. Laube und Mühs entgegen. Sie stellten fest, daß Sendewitz wohl gegen die Falschungs- und Streikbruchpolitik der SAP, aber nicht für den Kampf der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau und Notverordnungen gegen Faschismus gesprochen habe. In örtlichen Beispielen zeigten die Genossen auf, daß die Aufgabe der SAP darin besteht, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzuhalten. Unsere Genossen riefen auf zur sofortigen Organisierung der Kämpfe um die Forderungen der Arbeiter, zur roten Einheitsfront, zur roten Massenaktion für den Arbeiterkandidaten Thälmann.

Die JMG. trommelt für Thälmann

Vienitz. Die Ortsgruppe der JMG. Vienitz begrüßt anlässlich ihrer öffentlichen Mitgliederversammlung am 28. Januar einstimmig die Aufstellung des Genossen Ernst Thälmann als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl, weil sie in ihm den aufrichtigen und bewährten Führer des werktätigen Volkes sieht und anerkennt.

Wir werden uns mit allen Kräften bei der Reichspräsidentenwahl für den Arbeiterkandidaten Thälmann betätigen.

Nähtung, Ortskomitees der KPD

Wo bleibt die Abrechnung der Zeitungen und der Literatur? Revisionen kontrolliert sofort die Abrechnung der Ortskomitees.

„Die rote Einheitsfront“ Neu!

Für deinen SPD-Kollegen im Betrieb, für deinen Klassenbruder in der reformistischen Gewerkschaft und im Reichsbanner ist nichts so gut geeignet zur Aufklärung über das „kleinere Uebel“ und die „Eiserne“ Hindenburgfront, wie die neue Nummer der „Roten Einheitsfront“, die in zweifarbendruck heute erschienen ist. Sie enthält unter anderem Beiträge über die „Eiserne Front“, über den Massenstreik in Braunschweig, Briefe sozialdemokratischer Arbeiter, Enthüllungen über die Breußenpolitik der SAP und wichtige Zitate aus der SPD-Presse bei der Hindenburgwahl 1925. Sie gewinnt den Proletarier aus dem Lager der Stützen der Bourgeoisie-Herrschaft für die kämpfende rote Einheitsfront, für die eigene Klasse, für den roten Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann.

Jeder Arbeiter, der für die rote Einheitsfront wirbt, besorgt sich sofort die neueste Nummer der „Roten Einheitsfront“ durch die proletarische Literaturstelle. Preis 10 Pfg.

Der erste Bericht von der Generalversammlung des DFB.

Heute 20 Uhr im Zentralballsaal, Weidenstraße 50/52, zentrale gemeinsame Versammlung aller Mitglieder der Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker, der revolutionären Opposition im DFB und aller Funktionäre der revolutionären Organisationen. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Das Problem der SAP und der roten Einheitsfront wird hier ausführlich behandelt.

Proleton

-Tonfilmbühne
Gabitzzstraße 20
Höfchenstraße 49

zeigt ab Freitag, den 19. bis Donnerstag, 25. Februar 1932

Pat und Patachon auf Freiersfüßen

Eine lustige Filmkomödie mit Pat-Carl Schenstroem und Patachon — Harald Madsen

Neueste löbende Wochenschau Boykott / Primanerlehre

Eine Schülergeschichte mit Lil Dagover — E Stahl-Nachbaur — Loos Ziller — Nürserger, nach einer Novelle von Arnold Ulitz

Erste Vorstellung um 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8.50 Uhr
Preise der Plätze ab 60 Pf. bis 1.50 Mk
Erwerbslose bis 50% Ermäßigung

Sonntag, den 21. Februar: **Große Kinder-Vorstellung**
Pat und Patachon auf Freiersfüßen — Boykott
Beginn 1/3 Uhr Kinder 20 und 30 Pfg.

Arbeiter-Sportkartell

Ton-Kino gewerkschaftshaus

Lichtspiele
Margaretenstr. 17

Täglich ab 4.30 Uhr Letzte Vorstellung 8.30 Uhr
Ab Freitag, 19. Februar:

Frauen in Gefahr

(Opernredoute)

Luise Haid, Betty Bird,
Georg Alexander, Ivan Petrovich
Otto Waldberg und Ludwig Stöckel
sorgen unter Max Neufelds tempo-
rares volter Regie für gehobene
Stimmung und fröhliches Gelächter
und garantieren für einen lustigen
Abend

Im Beiprogramm:
Neue Emelka-Tonwoche, Flock
und Flockie auf der Rennbahn
Kleines Skivolk
Die Wochenendfahrt

Am Sonntag, den 21. Februar 1932, nachmittags 2.30 Uhr:
Große Kinder-Jugendvorstellung
Charlie Chaplin in seinem Film
Lichter der Großstadt
Eintritt 20 Pfg. Eintritt 30 Pfg.

Voranzeige! Ab Freitag, den 26. Februar, täglich
Im Westen nichts Neues
Dieser Film nach dem gleichnamigen Werk vom **Erich Remarque** wird auf vielfachen Wunsch noch einmal in unserem Hause gezeigt.
Billigste Eintrittspreise von 0.50 bis 1 — Mk.
Erwerbslose zu allen Vorstellungen 30 Pfg.

Innovata

haben in unserer
Zeitung
besten Erfolg

Bruno Kastner

Fleischerei
Breslau, Adolfstraße 14

August Mix

Fleisch- und Wurstwaren
Breslau, Gräbschener Straße 35
Neue Graupenstraße 8

Fleisch- und Wurst

Richard Krusch
Breslau, Adalbertstraße 15
Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166
Neue Taschenstr. 30
Tiergartenstraße 26

Städtische Handelsschulen in Breslau

1. Höhere Handelsschule.
1 jähriger Lehrgang.
2. Handelsschule.
1- und 2 jährige Lehrgänge, bei letzteren auch Sonderkurse zur Erlangung des Zeugnisses der mittleren Reife.
Wichtig: Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule und Handelsschule befreit von der Pflicht zum Besuch der kaufmännischen Berufsschule.
Beginn der unter 1 und 2 genannten Lehrgänge am Donnerstag, den 7. April
3. Wahlfreie Abendkurse.
Dreimonatige Lehrgänge; Beginn 1. Mai. In Stenographie und Maschinenschreiben bei genügender Beteiligung auch Vierteljahreskurse; Beginn 1. April. Befonderes Infanat erscheint demnächst.
Anmeldungen und Anmeldungen bei dem Direktor, Taschenstraße 22, 1. Stock.
Der Magistrat.

Bauspat in unsern Informaten!